

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 19. September 1979

**über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere
und ihrer natürlichen Lebensräume**

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen bezweckt die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume. Diese sind durch wachsende Eingriffe in die Natur immer mehr gefährdet. Da die in Europa vorkommenden wildlebenden Arten in vielen Fällen über die Grenzen der Mitgliedstaaten des Europarats verbreitet sind, können die sich ergebenden Naturschutzprobleme nur international gelöst werden. Durch die Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland soll diese gemeinsame Lösung unterstützt werden.

B. Lösung

Das Gesetz schafft die Voraussetzung für die Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland. Dadurch wird der deutsche Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Naturschutzprobleme ermöglicht.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der sich aus dem Übereinkommen ergebende Verwaltungsaufwand beschränkt sich auf die Vorbereitung und Teilnahme an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses, die alle zwei Jahre in Straßburg stattfinden sollen. Für die Vorbereitung und Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen sind jährlich etwa 1 100,- DM erforderlich. Der Aufwand kann durch die vorhandenen Ansätze des Haushaltsplans 1983 und des Finanzplans 1982 bis 1986 gedeckt werden. Verwaltungsausgaben beim Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft entstehen nicht. Mitgliedsbeiträge entstehen für die Bundesrepublik Deutschland nicht, da die Sekretariatskosten vom Europarat getragen werden.

Länder und Gemeinden werden mit Kosten nicht belastet.

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

14 (43) – 235 91 – Ko 4/83

Bonn, den 7. Dezember 1983

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Der Bundesrat hat in seiner 527. Sitzung am 7. Oktober 1983 beschlossen, gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Gesetzentwurf, wie aus der Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bern am 19. September 1979 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, Änderungen der Anhänge I bis IV des Übereinkommens nach dessen Artikel 17, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Es ist verboten, in Gebieten, die keiner Staatshoheit unterliegen, insbesondere von einem Schiff oder Luftfahrzeug aus, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen, Pflanzen der im Anhang I des Übereinkommens oder Tiere der im Anhang II des Übereinkommens aufgeführten Arten der Natur zu entnehmen.

(2) Das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft kann auf Antrag Ausnahmen von den Verboten nach Absatz 1

1. zum Schutz der Pflanzen- und Tierarten,
2. zur Verhütung ernster Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischgründen, Gewässern und anderem Eigentum,
3. im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Sicherheit der Luftfahrt oder anderer vorrangiger öffentlicher Belange,
4. für Zwecke der Forschung und Erziehung, der Bestandsauffrischung, der Wiederansiedlung und der Aufzucht oder
5. um unter streng überwachten Bedingungen selektiv und in begrenztem Umfang das Fangen, das Halten oder eine andere vernünftige Nutzung bestimmter wildlebender Tiere und Pflanzen in geringen Mengen zu gestatten,

zulassen. Die Ausnahmen dürfen nur zugelassen werden, wenn es keine andere befriedigende Lösung gibt und sie dem Bestand der betreffenden Population nicht schaden.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet „der Natur entnehmen“:

- a) Pflanzen pflücken, sammeln, abschneiden, ausgraben oder ausreißen,
- b) Tiere fangen, halten, töten oder beunruhigen, deren Brut- oder Raststätten beschädigen oder zerstören oder deren Eier zerstören oder aus der Natur entfernen oder diese Eier besitzen, auch wenn sie leer sind.

Artikel 4

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Artikel 3 Abs. 1 in Gebieten, die keiner Staatshoheit unterliegen, Pflanzen der im Anhang I des Übereinkommens oder Tiere der im Anhang II des Übereinkommens aufgeführten Arten der Natur entnimmt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Pflanzen oder Tiere, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, oder Gegenstände, die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind, können eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 19 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist vor allem nach Artikel 80 Abs. 2 GG erforderlich, weil Artikel 2 des Gesetzes vorsieht, daß Rechtsverordnungen aufgrund

dieser Vorschrift ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen werden.

Zu Artikel 2

Änderungen der Anhänge I bis IV können auf der völkerrechtlichen Ebene nach Maßgabe von Artikel 17 des Übereinkommens in einem vereinfachten Verfahren vereinbart werden. Diese Änderungen wären grundsätzlich nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu behandeln. Im Hinblick auf die im völkerrechtlichen Änderungsverfahren vorgesehenen relativ kurzen Fristen ist es jedoch erforderlich und zur Entlastung der gesetzgebenden Körperschaften auch zweckmäßig, das innerstaatliche Umsetzungsverfahren ebenfalls zu vereinfachen.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen enthält zahlreiche Regelungen, die ohne weitere Ausführungsvorschriften anwendbar sind oder für die bereits in anderen Gesetzen (insbesondere im Bundesnaturschutzgesetz und Bundesjagdgesetz) ausreichende Ermächtigungen enthalten sind, die zur Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen in innerstaatliches Recht erforderlichen Rechtsverordnungen zu erlassen. Einige Verpflichtungen sind von den Ländern in innerstaatliches Recht umzusetzen. Das gilt insbesondere für die Bestimmungen über den Schutz von Lebensräumen (Artikel 4), das Verbot, bestimmte Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung zu verwenden (Artikel 8), und die Verpflichtung, die Ansiedlung nicht heimischer Arten streng zu überwachen und zu begrenzen (Artikel 11).

Um die in Artikel 5 Satz 1 und Artikel 6 Buchstaben a bis d geregelten Artenschutzverbote auch auf Gebiete, die keiner Staatshoheit unterliegen, insbesondere auf Handlungen von Schiffen oder Luftfahrzeugen aus, anwenden zu können, müssen die in den Artikeln 3 und 4 zusammengefaßten Vorschriften erlassen werden. Soweit die Entnahme im Geltungsbereich des Bundesnaturschutzgesetzes erfolgt, gelten die im Rahmen des § 22 dieses Gesetzes bereits erlassenen landesrechtlichen Verbote i. V. m. der Bundesartenschutzverordnung vom 25. August 1980 (BGBl. I S. 1565).

In Absatz 2 sind die Voraussetzungen für Ausnahmen von den in Absatz 1 geregelten Artenschutzverbote entsprechend den Bestimmungen in Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens geregelt. Die Zuständigkeit für die Ausnahmegenehmigungen liegt beim Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft, das bereits ähnliche Aufgaben bei der Durchführung des Gesetzes zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen wahrnimmt; damit wird eine bundeseinheitliche Praxis in Ausnahmegenehmigungsverfahren sichergestellt.

Zu Artikel 4

Um den in den Artikeln 5 und 6 des Übereinkommens aufgestellten Verboten Nachdruck zu verleihen, ist eine Bewehrung durch Ahndungsvorschriften erforderlich. Das Übereinkommen selbst verbietet nur das absichtliche oder mutwillige Handeln. Soweit es sich um verbotene Tätigkeiten im Geltungsbereich des Bundesnatur-

schutzgesetzes handelt, können diese bereits nach den im Rahmen des § 22 des Bundesnaturschutzgesetzes und der Bundesartenschutzverordnung erlassenen landesrechtlichen Vorschriften oder nach dem Bundesjagdgesetz geahndet werden.

Die Einstufung von Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeit ist zur Erreichung des verfolgten Zwecks angemessen. Die Höhe der möglichen Geldbuße entspricht derjenigen des § 30 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes und § 39 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes.

Neben der Geldbuße muß auch die Einziehung von Pflanzen und Tieren als Nebenfolge einer Ordnungswidrigkeit vorgesehen und zusätzlich die Einziehung von Gegenständen ermöglicht werden, die zur Begehung oder Vorbereitung der Ordnungswidrigkeit gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind.

Da das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft nach Artikel 3 Abs. 2 für die Ausnahmegenehmigungen zuständig ist, liegt es nahe, dieser Bundesoberbehörde auch die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zu übertragen.

Zu Artikel 5

Das Übereinkommen sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 19 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der sich aus dem Übereinkommen ergebende Verwaltungsaufwand beschränkt sich auf die Vorbereitung und Teilnahme an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses, die alle zwei Jahre in Straßburg stattfinden sollen. Für die Vorbereitung und Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen sind jährlich etwa 1 100,- DM erforderlich. Der Aufwand kann durch die vorhandenen Ansätze des Haushaltsplans 1983 und des Finanzplans 1982 bis 1986 abgedeckt werden.

Verwaltungsausgaben beim Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft entstehen nicht.

Mitgliedsbeiträge entstehen für die Bundesrepublik Deutschland nicht, da die Sekretariatskosten vom Euro-parat getragen werden.

Bei der Durchführung des Übereinkommens sind keine Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau zu erwarten.

Länder und Gemeinden werden mit Kosten nicht belastet.

**Übereinkommen
über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere
und ihrer natürlichen Lebensräume**

**Convention
on the Conservation of European Wildlife
and Natural Habitats**

**Convention
relative à la conservation de la vie sauvage
et du milieu naturel de l'Europe**

(Übersetzung)

Preamble

The member States of the Council of Europe and the other signatories hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members;

Considering the wish of the Council of Europe to co-operate with other States in the field of nature conservation;

Recognising that wild flora and fauna constitute a natural heritage of aesthetic, scientific, cultural, recreational, economic and intrinsic value that needs to be preserved and handed on to future generations;

Recognising the essential role played by wild flora and fauna in maintaining biological balances;

Noting that numerous species of wild flora and fauna are being seriously depleted and that some of them are threatened with extinction;

Aware that the conservation of natural habitats is a vital component of the protection and conservation of wild flora and fauna;

Recognising that the conservation of wild flora and fauna should be taken into consideration by the governments in their national goals and programmes, and that international co-operation should be established to protect migratory species in particular;

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres;

Considérant la volonté du Conseil de l'Europe de coopérer avec d'autres Etats dans le domaine de la conservation de la nature;

Reconnaissant que la flore et la faune sauvages constituent un patrimoine naturel d'une valeur esthétique, scientifique, culturelle, récréative, économique et intrinsèque, qu'il importe de préserver et de transmettre aux générations futures;

Reconnaissant le rôle essentiel de la flore et de la faune sauvages dans le maintien des équilibres biologiques;

Constatant la raréfaction de nombreuses espèces de la flore et de la faune sauvages et la menace d'extinction qui pèse sur certaines d'entre elles;

Conscients de ce que la conservation des habitats naturels est l'un des éléments essentiels de la protection et de la préservation de la flore et de la faune sauvages;

Reconnaissant que la conservation de la flore et de la faune sauvages devrait être prise en considération par les gouvernements dans leurs objectifs et programmes nationaux, et qu'une coopération internationale devrait s'instaurer pour préserver en particulier les espèces migratrices;

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Unterzeichner dieses Übereinkommens –

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

in Anbetracht des Wunsches des Europarats, auf dem Gebiet des Naturschutzes mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten;

in der Erkenntnis, daß wildlebende Pflanzen und Tiere ein Naturerbe von ästhetischem, wissenschaftlichem, kulturellem, erholungsbezogenem, wirtschaftlichem und ideellem Wert darstellen, das erhalten und an künftige Generationen weitergegeben werden muß;

in Anerkennung der wesentlichen Rolle, die wildlebende Pflanzen und Tiere bei der Erhaltung biologischer Gleichgewichte spielen;

in Anbetracht dessen, daß sich der Bestand vieler Arten wildlebender Pflanzen und Tiere erheblich verringert und daß einige Arten vom Aussterben bedroht sind;

in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung natürlicher Lebensräume ein lebenswichtiges Element des Schutzes und der Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere darstellt;

in der Erkenntnis, daß die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere von den Regierungen bei der Festlegung ihrer nationalen Ziele und Programme berücksichtigt und eine internationale Zusammenarbeit zum Schutz insbesondere der wandernden Arten herbeigeführt werden sollte;

Bearing in mind the widespread requests for common action made by governments or by international bodies, in particular the requests expressed by the United Nations Conference on the Human Environment 1972 and the Consultative Assembly of the Council of Europe;

Desiring particularly to follow, in the field of wildlife conservation, the recommendations of Resolution No. 2 of the Second European Ministerial Conference on the Environment;

Have agreed as follows:

Chapter I General Provisions

Article 1

1. The aims of this Convention are to conserve wild flora and fauna and their natural habitats, especially those species and habitats whose conservation requires the co-operation of several States, and to promote such co-operation.

2. Particular emphasis is given to endangered and vulnerable species, including endangered and vulnerable migratory species.

Article 2

The Contracting Parties shall take requisite measures to maintain the population of wild flora and fauna at, or adapt it to, a level which corresponds in particular to ecological, scientific and cultural requirements, while taking account of economic and recreational requirements and the needs of subspecies, varieties or forms at risk locally.

Article 3

1. Each Contracting Party shall take steps to promote national policies for the conservation of wild flora, wild fauna and natural habitats, with particular attention to endangered and vulnerable species, especially endemic ones, and endangered habitats, in accordance with the provisions of this Convention.

2. Each Contracting Party undertakes, in its planning and development policies and in its measures against pollution, to have regard to the conservation of wild flora and fauna.

3. Each Contracting Party shall promote education and disseminate general information on the need to conserve species of wild flora and fauna and their habitats.

Conscients des nombreuses demandes d'action commune émanant des gouvernements ou des instances internationales, notamment celles exprimées par la Conférence des Nations Unies sur l'environnement, de 1972, et l'Assemblée Consultative du Conseil de l'Europe;

Désireux en particulier de suivre, dans le domaine de la conservation de la vie sauvage, les recommandations de la Résolution n° 2 de la deuxième Conférence ministérielle européenne sur l'environnement,

Sont convenus de ce qui suit:

Chapitre I Dispositions générales

Article 1

1. La présente Convention a pour objet d'assurer la conservation de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats naturels, notamment des espèces et des habitats dont la conservation nécessite la coopération de plusieurs Etats, et de promouvoir une telle coopération.

2. Une attention particulière est accordée aux espèces, y compris les espèces migratrices, menacées d'extinction et vulnérables.

Article 2

Les Parties contractantes prennent les mesures nécessaires pour maintenir ou adapter la population de la flore et de la faune sauvages à un niveau qui correspond notamment aux exigences écologiques, scientifiques et culturelles, tout en tenant compte des exigences économiques et récréationnelles et des besoins des sous-espèces, variétés ou formes menacées sur le plan local.

Article 3

1. Chaque Partie contractante prend les mesures nécessaires pour que soient mises en œuvre des politiques nationales de conservation de la flore et de la faune sauvages et des habitats naturels, en accordant une attention particulière aux espèces menacées d'extinction et vulnérables, surtout aux espèces endémiques, et aux habitats menacés, conformément aux dispositions de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante s'engage, dans sa politique d'aménagement et de développement et dans ses mesures de lutte contre la pollution, à prendre en considération la conservation de la flore et de la faune sauvages.

3. Chaque Partie contractante encourage l'éducation et la diffusion d'informations générales concernant la nécessité de conserver des espèces de la flore et de la faune sauvages ainsi que leurs habitats.

eingedenk dessen, daß Regierungen oder internationale Gremien, vor allem die Konferenz der Vereinten Nationen von 1972 über die Umwelt des Menschen und die Beratende Versammlung des Europarats, in zahlreichen Forderungen ein gemeinsames Vorgehen verlangt haben;

insbesondere in dem Wunsch, im Bereich der Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere die in der Entschließung Nr. 2 der Zweiten Europäischen Ministerkonferenz über die Umwelt ausgesprochenen Empfehlungen zu befolgen –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Ziel dieses Übereinkommens ist es, wildlebende Pflanzen und Tiere sowie ihre natürlichen Lebensräume, insbesondere die Arten und Lebensräume, deren Erhaltung die Zusammenarbeit mehrerer Staaten erfordert, zu erhalten und eine solche Zusammenarbeit zu fördern.

(2) Besondere Aufmerksamkeit gilt den gefährdeten und den empfindlichen Arten einschließlich der gefährdeten und der empfindlichen wandernden Arten.

Artikel 2

Die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Population der wildlebenden Pflanzen und Tiere auf einem Stand zu erhalten oder auf einen Stand zu bringen, der insbesondere den ökologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entspricht, wobei den wirtschaftlichen und erholungsbezogenen Erfordernissen und den Bedürfnissen von örtlich bedrohten Unterarten, Varietäten oder Formen Rechnung getragen wird.

Artikel 3

(1) Im Einklang mit diesem Übereinkommen unternimmt jede Vertragspartei die notwendigen Schritte, um die nationale Politik zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume zu fördern, wobei den gefährdeten und den empfindlichen Arten, vor allem den endemischen Arten, sowie den gefährdeten Lebensräumen besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, bei ihrer Planungs- und Entwicklungspolitik sowie bei ihren Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere zu berücksichtigen.

(3) Jede Vertragspartei fördert die Erziehung und die Verbreitung allgemeiner Informationen in bezug auf die Notwendigkeit, wildlebende Pflanzen und Tierarten sowie ihre Lebensräume zu erhalten.

Chapter II
Protection of habitats

Article 4

1. Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the conservation of the habitats of the wild flora and fauna species, especially those specified in the Appendices I and II, and the conservation of endangered natural habitats.

2. The Contracting Parties in their planning and development policies shall have regard to the conservation requirements of the areas protected under the preceding paragraph, so as to avoid or minimise as far as possible any deterioration of such areas.

3. The Contracting Parties undertake to give special attention to the protection of areas that are of importance for the migratory species specified in Appendices II and III and which are appropriately situated in relation to migration routes, as wintering, staging, feeding, breeding or moulting areas.

4. The Contracting Parties undertake to co-ordinate as appropriate their efforts for the protection of the natural habitats referred to in this Article when these are situated in frontier areas.

Chapter III
Protection of species

Article 5

Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the special protection of the wild flora species specified in Appendix I. Deliberate picking, collecting, cutting or uprooting of such plants shall be prohibited. Each Contracting Party shall, as appropriate, prohibit the possession or sale of these species.

Article 6

Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the special protection of the wild fauna species specified in Appendix II. The following will in particular be prohibited for these species:

- a. all forms of deliberate capture and keeping and deliberate killing;
- b. the deliberate damage to or destruction of breeding or resting sites;

Chapitre II
Protection des habitats

Article 4

1. Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour protéger les habitats des espèces sauvages de la flore et de la faune, en particulier de celles énumérées dans les annexes I et II, et pour sauvegarder les habitats naturels menacés de disparition.

2. Les Parties contractantes tiennent compte, dans leurs politiques d'aménagement et de développement, des besoins de la conservation des zones protégées visées au paragraphe précédent, afin d'éviter ou de réduire le plus possible toute détérioration de telles zones.

3. Les Parties contractantes s'engagent à accorder une attention particulière à la protection des zones qui ont une importance pour les espèces migratrices énumérées dans les annexes II et III et qui sont situées de manière adéquate par rapport aux voies de migration, comme aires d'hivernage, de rassemblement, d'alimentation, de reproduction ou de mue.

4. Les Parties contractantes s'engagent à coordonner autant que de besoin leurs efforts pour protéger les habitats naturels visés au présent article lorsqu'ils sont situés dans des régions qui s'étendent de part et d'autre de frontières.

Chapitre III
Conservation des espèces

Article 5

Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour assurer la conservation particulière des espèces de flore sauvage énumérées dans l'annexe I. Seront interdits la cueillette, le ramassage, la coupe, ou le déracinage intentionnels des plantes visées. Chaque Partie contractante interdit, autant que de besoin, la détention ou la commercialisation de ces espèces.

Article 6

Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour assurer la conservation particulière des espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe II. Seront notamment interdits, pour ces espèces:

- a. toutes formes de capture intentionnelle, de détention et de mise à mort intentionnelle;
- b. la détérioration ou la destruction intentionnelles des sites de reproduction ou des aires de repos;

Kapitel II
Schutz von Lebensräumen

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um die Erhaltung der Lebensräume wildlebender Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der in den Anhängen I und II genannten Arten, sowie die Erhaltung gefährdeter natürlicher Lebensräume sicherzustellen.

(2) Die Vertragsparteien berücksichtigen bei ihrer Planungs- und Entwicklungspolitik die Erfordernisse der Erhaltung der nach Absatz 1 geschützten Gebiete, um jede Beeinträchtigung dieser Gebiete zu vermeiden oder so gering wie möglich zu halten.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, besondere Aufmerksamkeit dem Schutz derjenigen Gebiete zuzuwenden, die für die in den Anhängen II und III aufgeführten wandernden Arten von Bedeutung sind und die als Überwinterungs-, Sammel-, Futter-, Brut- oder Mauserplätze im Verhältnis zu den Wanderrouten günstig gelegen sind.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, ihre Bemühungen um den Schutz der in diesem Artikel bezeichneten natürlichen Lebensräume, wenn diese in Grenzgebieten liegen, soweit erforderlich zu koordinieren.

Kapitel III
Artenschutz

Artikel 5

Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den besonderen Schutz der in Anhang I aufgeführten wildlebenden Pflanzenarten sicherzustellen. Es ist zu verbieten, diese Pflanzen absichtlich zu pflücken, zu sammeln, abzuschneiden, auszugraben oder auszureißen. Jede Vertragspartei verbietet soweit erforderlich den Besitz oder den Verkauf dieser Arten.

Artikel 6

Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den besonderen Schutz der in Anhang II aufgeführten wildlebenden Tierarten sicherzustellen. In bezug auf diese Arten ist insbesondere zu verbieten

- a) jede Form des absichtlichen Fangens, des Haltens und des absichtlichen Tötens;
- b) das mutwillige Beschädigen oder Zerstören von Brut- oder Raststätten;

- c. the deliberate disturbance of wild fauna, particularly during the period of breeding, rearing and hibernation, insofar as disturbance would be significant in relation to the objectives of this Convention;
- d. the deliberate destruction or taking of eggs from the wild or keeping these eggs even if empty;
- e. the possession of and internal trade in these animals, alive or dead, including stuffed animals and any readily recognisable part or derivative thereof, where this would contribute to the effectiveness of the provisions of this Article.

Article 7

1. Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the protection of the wild fauna species specified in Appendix III.

2. Any exploitation of wild fauna specified in Appendix III shall be regulated in order to keep the populations out of danger, taking into account the requirements of Article 2.

3. Measures to be taken shall include:

- a. closed seasons and/or other procedures regulating the exploitation;
- b. the temporary or local prohibition of exploitation, as appropriate, in order to restore satisfactory population levels;
- c. the regulation as appropriate of sale, keeping for sale, transport for sale or offering for sale of live and dead wild animals.

Article 8

In respect of the capture or killing of wild fauna species specified in Appendix III and in cases where, in accordance with Article 9, exceptions are applied to species specified in Appendix II, Contracting Parties shall prohibit the use of all indiscriminate means of capture and killing and the use of all means capable of causing local disappearance of, or serious disturbance to, populations of a species, and in particular, the means specified in Appendix IV.

Article 9

1. Each Contracting Party may make exceptions from the provisions of Article

c. la perturbation intentionnelle de la faune sauvage, notamment durant la période de reproduction, de dépendance et d'hibernation, pour autant que la perturbation ait un effet significatif eu égard aux objectifs de la présente Convention;

d. la destruction ou le ramassage intentionnels des œufs dans la nature ou leur détention, même vides;

e. la détention et le commerce interne de ces animaux, vivants ou morts, y compris des animaux naturalisés, et de toute partie ou de tout produit, facilement identifiables, obtenus à partir de l'animal, lorsque cette mesure contribue à l'efficacité des dispositions du présent article.

Article 7

1. Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour protéger les espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe III.

2. Toute exploitation de la faune sauvage énumérée dans l'annexe III est réglementée de manière à maintenir l'existence de ces populations hors de danger, compte tenu des dispositions de l'article 2.

3. Ces mesures comprennent notamment:

- a. l'institution de périodes de fermeture et/ou d'autres mesures réglementaires d'exploitation;
- b. l'interdiction temporaire ou locale de l'exploitation, s'il y a lieu, afin de permettre aux populations existantes de retrouver un niveau satisfaisant;
- c. la réglementation, s'il y a lieu, de la vente, de la détention, du transport ou de l'offre aux fins de vente des animaux sauvages, vivants ou morts.

Article 8

S'agissant de la capture ou de la mise à mort des espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe III, et dans les cas où des dérogations conformes à l'article 9 sont faites en ce qui concerne les espèces énumérées dans l'annexe II, les Parties contractantes interdisent l'utilisation de tous les moyens non sélectifs de capture et de mise à mort et des moyens susceptibles d'entraîner localement la disparition, ou de troubler gravement la tranquillité des populations d'une espèce, en particulier des moyens énumérés dans l'annexe IV.

Article 9

1. A condition qu'il n'existe pas une autre solution satisfaisante et que la

c) das mutwillige Beunruhigen wildlebender Tiere, vor allem während der Zeit des Brütens, der Aufzucht der Jungen und des Überwinterns, soweit dieses Beunruhigen in bezug auf die Ziele dieses Übereinkommens von Bedeutung ist;

d) das mutwillige Zerstören oder absichtliche Entnehmen von Eiern aus der Natur oder der Besitz dieser Eier, auch wenn sie leer sind;

e) der Besitz von oder der innerstaatliche Handel mit lebenden oder toten Tieren einschließlich ausgestopfter Tiere und ohne weiteres erkennbarer Teile dieser Tiere oder ohne weiteres erkennbarer Erzeugnisse aus diesen Tieren, soweit dies zur Wirksamkeit dieses Artikels beiträgt.

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den Schutz der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tierarten sicherzustellen.

(2) Jegliche Nutzung der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tiere wird so geregelt, daß die Populationen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden, wobei Artikel 2 Rechnung zu tragen ist.

(3) Diese Maßnahmen umfassen unter anderem

- a) Schonzeiten und/oder andere Verfahren zur Regelung der Nutzung;
- b) gegebenenfalls ein zeitweiliges oder örtlich begrenztes Nutzungsverbot zur Wiederherstellung eines zufriedenstellenden Populationsstandes;
- c) gegebenenfalls die Regelung des Verkaufs lebender und toter wildlebender Tiere, des Haltens solcher Tiere zum Verkauf, des Transports solcher Tiere zu Verkaufszwecken oder des Anbietens solcher Tiere zum Verkauf.

Artikel 8

Im Zusammenhang mit dem Fangen oder Töten der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tierarten und in Fällen, in denen nach Artikel 9 Ausnahmen für die in Anhang II aufgeführten Arten Anwendung finden, verbieten die Vertragsparteien die Verwendung aller zum wahllosen Fangen und Töten geeigneten Mittel sowie aller Mittel, die gebietsweise zum Verschwinden oder zu einer schweren Beunruhigung von Populationen einer Art führen können; dieses Verbot gilt insbesondere für die in Anhang IV aufgeführten Mittel.

Artikel 9

(1) Unter der Voraussetzung, daß es keine andere befriedigende Lösung gibt

4, 5, 6, 7 and from the prohibition of the use of the means mentioned in Article 8 provided that there is no other satisfactory solution and that the exception will not be detrimental to the survival of the population concerned:

- for the protection of flora and fauna;
- to prevent serious damage to crops, livestock, forests, fisheries, water and other forms of property;
- in the interests of public health and safety, air safety or other overriding public interests;
- for the purposes of research and education, of repopulation, of reintroduction and for the necessary breeding;
- to permit, under strictly supervised conditions, on a selective basis and to a limited extent, the taking, keeping or other judicious exploitation of certain wild animals and plants in small numbers.

2. The Contracting Parties shall report every two years to the Standing Committee on the exceptions made under the preceding paragraph. These reports must specify:

- the populations which are or have been subject to the exceptions and, when practical, the number of specimens involved;
- the means authorised for the killing or capture;
- the conditions of risk and the circumstances of time and place under which such exceptions were granted;
- the authority empowered to declare that these conditions have been fulfilled, and to take decisions in respect of the means that may be used, their limits and the persons instructed to carry them out;
- the controls involved.

Chapter IV Special provisions for migratory species

Article 10

1. The Contracting Parties undertake, in addition to the measures specified in Articles 4, 6, 7 and 8, to co-ordinate their efforts for the protection of the migratory species specified in Appendices II and III whose range extends into their territories.

2. The Contracting Parties shall take measures to seek to ensure that the

dérégulation ne nuise pas à la survie de la population concernée, chaque Partie contractante peut déroger aux dispositions des articles 4, 5, 6, 7 et à l'interdiction de l'utilisation des moyens visés à l'article 8:

- dans l'intérêt de la protection de la flore et de la faune;
- pour prévenir des dommages importants aux cultures, au bétail, aux forêts, aux pêcheries, aux eaux et aux autres formes de propriété;
- dans l'intérêt de la santé et de la sécurité publiques, de la sécurité aérienne, ou d'autres intérêts public prioritaires;
- à des fins de recherche et d'éducation, de repeuplement, de réintroduction ainsi que pour l'élevage;
- pour permettre, dans des conditions strictement contrôlées, sur une base sélective et dans une certaine mesure, la prise, la détention ou toute autre exploitation judicieuse de certains animaux et plantes sauvages en petites quantités.

2. Les Parties contractantes soumettent au Comité permanent un rapport biennal sur les dérogations faites en vertu du paragraphe précédent. Ces rapports devront mentionner:

- les populations qui font l'objet ou ont fait l'objet des dérogations et, si possible, le nombre des spécimens impliqués;
- les moyens de mise à mort ou de capture autorisés;
- les conditions de risque, les circonstances de temps et de lieu dans lesquelles ces dérogations sont intervenues;
- l'autorité habilitée à déclarer que ces conditions ont été réalisées, et habilitée à prendre les décisions relatives aux moyens qui peuvent être mis en œuvre, à leurs limites, et aux personnes chargées de l'exécution;
- les contrôles opérés.

Chapitre IV Dispositions particulières concernant les espèces migratrices

Article 10

1. En plus des mesures indiquées aux articles 4, 6, 7 et 8, les Parties contractantes s'engagent à coordonner leurs efforts pour la conservation des espèces migratrices énumérées dans les annexes II et III et dont l'aire de répartition s'étend sur leurs territoires.

2. Les Parties contractantes prennent des mesures en vue de s'assurer que les

und die Ausnahme dem Bestand der betreffenden Population nicht schadet, kann jede Vertragspartei Ausnahmen von den Artikeln 4, 5, 6, 7 und vom Verbot der Verwendung der in Artikel 8 bezeichneten Mittel zulassen

- zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt;
- zur Verhütung ernster Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischgründen, Gewässern und anderem Eigentum;
- im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Sicherheit der Luftfahrt oder anderer vorrangiger öffentlicher Belange;
- für Zwecke der Forschung und Erziehung, der Bestandsauffrischung, der Wiederansiedlung und der Aufzucht;
- um unter streng überwachten Bedingungen selektiv und in begrenztem Umfang das Fangen, das Halten oder eine andere vernünftige Nutzung bestimmter wildlebender Tiere und Pflanzen in geringen Mengen zu gestatten.

(2) Die Vertragsparteien erstatten dem Ständigen Ausschuss alle zwei Jahre über die nach Absatz 1 zugelassenen Ausnahmen Bericht. Diese Berichte müssen enthalten

- die Populationen, die von den Ausnahmen erfaßt wurden oder werden, und, falls möglich, die Anzahl der betroffenen Exemplare;
- die für das Töten oder Fangen zugelassenen Mittel;
- die Art der Risiken und die zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen solche Ausnahmen zugelassen wurden;
- die Behörde, die befugt ist, zu erklären, daß die Voraussetzungen für die Ausnahmen erfüllt sind, und die befugt ist, Beschlüsse in bezug auf die zu verwendenden Mittel, ihre Grenzen und die mit der Durchführung beauftragten Personen zu fassen;
- die Kontrollmaßnahmen.

Kapitel IV Sonderbestimmungen für wandernde Arten

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zusätzlich zu den in den Artikeln 4, 6, 7 und 8 genannten Maßnahmen ihre Bemühungen um den Schutz der in den Anhängen II und III aufgeführten wandernden Arten, deren Verbreitungsgebiet in ihr Hoheitsgebiet hineinreicht, zu koordinieren.

(2) Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die nach

closed seasons and/or other procedures regulating the exploitation established under paragraph 3.a of Article 7 are adequate and appropriately disposed to meet the requirements of the migratory species specified in Appendix III.

périodes de fermeture et/ou d'autres mesures réglementaires d'exploitation instituées en vertu du paragraphe 3.a de l'article 7 correspondent bien aux besoins des espèces migratrices énumérées dans l'annexe III.

Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a festgelegten Schonzeiten und/oder anderen Verfahren zur Regelung der Nutzung angemessen und so beschaffen sind, daß sie den Bedürfnissen der in Anhang III aufgeführten wandernden Arten gerecht werden.

Chapter V Supplementary provisions

Article 11

1. In carrying out the provisions of this Convention, the Contracting Parties undertake:

- a. to co-operate whenever appropriate and in particular where this would enhance the effectiveness of measures taken under other articles of this Convention;
- b. to encourage and co-ordinate research related to the purposes of this Convention.

2. Each Contracting Party undertakes:

- a. to encourage the reintroduction of native species of wild flora and fauna when this would contribute to the conservation of an endangered species, provided that a study is first made in the light of the experiences of other Contracting Parties to establish that such reintroduction would be effective and acceptable;
- b. to strictly control the introduction of non-native species.

3. Each Contracting Party shall inform the Standing Committee of the species receiving complete protection on its territory and not included in Appendices I and II.

Article 12

The Contracting Parties may adopt stricter measures for the conservation of wild flora and fauna and their natural habitats than those provided under this Convention.

Chapter VI Standing Committee

Article 13

1. For the purposes of this Convention, a Standing Committee shall be set up.

2. Any Contracting Party may be represented on the Standing Committee by one or more delegates. Each delegation shall have one vote. Within the areas of its competence, the European Economic Community shall exercise its

Chapitre V Dispositions complémentaires

Article 11

1. Dans l'exécution des dispositions de la présente Convention, les Parties contractantes s'engagent à:

- a. coopérer chaque fois qu'il sera utile de le faire, notamment lorsque cette coopération pourrait renforcer l'efficacité des mesures prises conformément aux autres articles de la présente Convention;
- b. encourager et coordonner les travaux de recherche en rapport avec les finalités de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante s'engage:

- a. à encourager la réintroduction des espèces indigènes de la flore et de la faune sauvages lorsque cette mesure contribuerait à la conservation d'une espèce menacée d'extinction, à condition de procéder au préalable et au regard des expériences d'autres Parties contractantes, à une étude en vue de rechercher si une telle réintroduction serait efficace et acceptable;
- b. à contrôler strictement l'introduction des espèces non indigènes.

3. Chaque Partie contractante fait connaître au Comité permanent les espèces bénéficiant d'une protection totale sur son territoire et qui ne figurent pas dans les annexes I et II.

Article 12

Les Parties contractantes peuvent adopter pour la conservation de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats naturels des mesures plus rigoureuses que celles prévues dans la présente Convention.

Chapitre VI Comité permanent

Article 13

1. Il est constitué, aux fins de la présente Convention, un Comité permanent.

2. Toute Partie contractante peut se faire représenter au sein du Comité permanent par un ou plusieurs délégués. Chaque délégation dispose d'une voix. Dans les domaines relevant de ses compétences, la Communauté économique

Kapitel V Ergänzende Bestimmungen

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens

- a) soweit zweckdienlich zusammenzuarbeiten, vor allem wenn dies die Wirksamkeit der auf Grund der übrigen Artikel dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen erhöhen könnte;
- b) die den Zwecken dieses Übereinkommens dienenden Forschungsarbeiten zu fördern und zu koordinieren.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

- a) die Wiederansiedlung einheimischer wildlebender Pflanzen- und Tierarten zu fördern, wenn dadurch ein Beitrag zur Erhaltung einer gefährdeten Art geleistet würde, vorausgesetzt, daß zunächst auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Vertragsparteien untersucht wird, ob eine solche Wiederansiedlung erfolgreich und vertretbar wäre;
- b) die Ansiedlung nicht heimischer Arten streng zu überwachen und zu begrenzen.

(3) Jede Vertragspartei teilt dem Ständigen Ausschuß die Arten mit, die in ihrem Hoheitsgebiet vollen Schutz genießen und nicht in den Anhängen I und II enthalten sind.

Artikel 12

Die Vertragsparteien können strengere als die nach diesem Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume treffen.

Kapitel VI Ständiger Ausschuß

Artikel 13

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird ein Ständiger Ausschuß eingesetzt.

(2) Jede Vertragspartei kann durch einen oder mehrere Delegierte im Ständigen Ausschuß vertreten sein. Jede Delegation hat eine Stimme. In ihrem Zuständigkeitsbereich übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit

right to vote with a number of votes equal to the number of its member States which are Contracting Parties to this Convention; the European Economic Community shall not exercise its right to vote in cases where the member States concerned exercise theirs, and conversely.

3. Any member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention may be represented on the Committee as an observer.

The Standing Committee may, by unanimous decision, invite any non-member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention to be represented by an observer at one of its meetings.

Any body or agency technically qualified in the protection, conservation or management of wild fauna and flora and their habitats, and belonging to one of the following categories:

- a. international agencies or bodies, either governmental or non-governmental, and national governmental agencies or bodies;
- b. national non-governmental agencies or bodies which have been approved for this purpose by the State in which they are located,

may inform the Secretary General of the Council of Europe, at least three months before the meeting of the Committee, of its wish to be represented at that meeting by observers. They shall be admitted unless, at least one month before the meeting, one-third of the Contracting Parties have informed the Secretary General of their objection.

4. The Standing Committee shall be convened by the Secretary General of the Council of Europe. Its first meeting shall be held within one year of the date of the entry into force of the Convention. It shall subsequently meet at least every two years and whenever a majority of the Contracting Parties so request.

5. A majority of the Contracting Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

6. Subject to the provisions of this Convention, the Standing Committee shall draw up its own Rules of Procedure.

Article 14

1. The Standing Committee shall be responsible for following the application of this Convention. It may in particular:

- keep under review the provisions of this Convention, including its Appendices,

européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties contractantes à la présente Convention; la Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où les Etats membres concernés exercent le leur et réciproquement.

3. Tout Etat membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas Partie contractante à la Convention peut se faire représenter au Comité par un observateur.

Le Comité permanent peut, à l'unanimité, inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas Partie contractante à la Convention à se faire représenter par un observateur à l'une de ses réunions.

Tout organisme ou toute institution techniquement qualifié dans le domaine de la protection, de la conservation ou de la gestion de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats, et appartenant à l'une des catégories suivantes:

- a. organismes ou institutions internationaux, soit gouvernementaux soit non gouvernementaux, ou organismes ou institutions nationaux gouvernementaux;
- b. organismes ou institutions nationaux non gouvernementaux qui ont été agréés à cette fin par l'Etat dans lequel ils sont établis,

peuvent informer le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, trois mois au moins avant la réunion du Comité, de leur intention de se faire représenter à cette réunion par des observateurs. Ils sont admis sauf si, un mois au moins avant la réunion, un tiers des Parties contractantes ont informé le Secrétaire Général qu'elles s'y opposent.

4. Le Comité permanent est convoqué par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Il tient sa première réunion dans le délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite au moins tous les deux ans et, en outre, lorsque la majorité des Parties contractantes en formule la demande.

5. La majorité des Parties contractantes constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du Comité permanent.

6. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité permanent établit son règlement intérieur.

Article 14

1. Le Comité permanent est chargé de suivre l'application de la présente Convention. Il peut en particulier:

- revoir de manière permanente les dispositions de la présente Convention, y

einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

(3) Jeder Mitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, kann durch einen Beobachter im Ausschuß vertreten sein.

Der Ständige Ausschuß kann durch einstimmigen Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, einladen, sich durch einen Beobachter auf einer der Tagungen des Ständigen Ausschusses vertreten zu lassen.

Sonstige Gremien oder Organisationen der nachstehenden Kategorien, die auf dem Gebiet des Schutzes, der Erhaltung und der Hege und Nutzung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer Lebensräume fachlich qualifiziert sind

- a) internationale staatliche oder nicht-staatliche Organisationen oder Gremien und nationale staatliche Organisationen oder Gremien;
- b) nationale nichtstaatliche Organisationen oder Gremien, denen der Staat, in dem sie ihren Sitz haben, dazu seine Zustimmung gegeben hat

können dem Generalsekretär des Europarats spätestens drei Monate vor der Tagung des Ausschusses ihren Wunsch mitteilen, sich auf dieser Tagung durch Beobachter vertreten zu lassen. Sie werden zugelassen, sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor der Tagung dem Generalsekretär ihren Einspruch mitgeteilt hat.

(4) Der Ständige Ausschuß wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen. Seine erste Tagung findet innerhalb eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens statt. In der Folge tritt er mindestens alle zwei Jahre sowie immer dann zusammen, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien dies beantragt.

(5) Die Mehrheit der Vertragsparteien kann die Abhaltung einer Tagung des Ständigen Ausschusses beschließen.

(6) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens gibt sich der Ständige Ausschuß eine Geschäftsordnung.

Artikel 14

(1) Der Ständige Ausschuß ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung dieses Übereinkommens. Er kann insbesondere

- die Bestimmungen dieses Übereinkommens einschließlich seiner Anhänge

and examine any modifications necessary;

- make recommendations to the Contracting Parties concerning measures to be taken for the purposes of this Convention;
- recommend the appropriate measures to keep the public informed about the activities undertaken within the framework of this Convention;
- make recommendations to the Committee of Ministers concerning non-member States of the Council of Europe to be invited to accede to this Convention;
- make any proposal for improving the effectiveness of this Convention, including proposals for the conclusion, with the States which are not Contracting Parties to the Convention, of agreements that would enhance the effective conservation of species or groups of species.

2. In order to discharge its functions, the Standing Committee may, on its own initiative, arrange for meetings of groups of experts.

Article 15

After each meeting, the Standing Committee shall forward to the Committee of Ministers of the Council of Europe a report on its work and on the functioning of the Convention.

Chapter VII Amendments

Article 16

1. Any amendment to the articles of this Convention proposed by a Contracting Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Secretary General of the Council of Europe and forwarded by him at least two months before the meeting of the Standing Committee to the member States of the Council of Europe, to any signatory, to any Contracting Party, to any State invited to sign this Convention in accordance with the provisions of Article 19 and to any State invited to accede to it in accordance with the provisions of Article 20.

2. Any amendment proposed in accordance with the provisions of the preceding paragraph shall be examined by the Standing Committee which:

- a. for amendments to Articles 1 to 12, shall submit the text adopted by a three-quarters majority of the votes cast to the Contracting Parties for acceptance;
- b. for amendments to Articles 13 to 24 shall submit the text adopted by a

compris ses annexes, et examiner les modifications qui pourraient être nécessaires;

- faire des recommandations aux Parties contractantes sur les mesures à prendre pour la mise en œuvre de la présente Convention;
- recommander les mesures appropriées pour assurer l'information du public sur les travaux entrepris dans le cadre de la présente Convention;
- faire des recommandations au Comité des Ministres relatives à l'invitation d'Etats non membres du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention;
- faire toute proposition tendant à améliorer l'efficacité de la présente Convention et portant notamment sur la conclusion, avec des Etats qui ne sont pas Parties contractantes à la Convention, d'accords propres à rendre plus efficace la conservation d'espèces ou de groupes d'espèces.

2. Pour l'accomplissement de sa mission, le Comité permanent peut, de sa propre initiative, prévoir des réunions de groupes d'experts.

Article 15

Après chacune de ses réunions, le Comité permanent transmet au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la Convention.

Chapitre VII Amendements

Article 16

1. Tout amendement aux articles de la présente Convention, proposé par une Partie contractante ou par le Comité des Ministres, est communiqué au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et transmis par ses soins deux mois au moins avant la réunion du Comité permanent aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout signataire, à toute Partie contractante, à tout Etat invité à signer la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 19 et à tout Etat invité à y adhérer, conformément aux dispositions de l'article 20.

2. Tout amendement proposé conformément aux dispositions du paragraphe précédent est examiné par le Comité permanent qui:

- a. pour des amendements aux articles 1 à 12, soumet le texte adopté à la majorité des trois quarts des voix exprimées à l'acceptation des Parties contractantes;
- b. pour des amendements aux articles 13 à 24, soumet le texte adopté à la

laufend überprüfen und auf etwa erforderliche Änderungen untersuchen;

- den Vertragsparteien Maßnahmen empfehlen, die zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens getroffen werden sollen;
- die geeigneten Maßnahmen empfehlen, um die Öffentlichkeit über die im Rahmen dieses Übereinkommens durchgeführten Arbeiten auf dem laufenden zu halten;
- dem Ministerkomitee Nichtmitgliedstaaten des Europarats empfehlen, die zum Beitritt zum Übereinkommen eingeladen werden sollen;
- Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit dieses Übereinkommens vorlegen, darunter Vorschläge, mit Staaten, die keine Vertragsparteien sind, Übereinkünfte zur Verbesserung der wirksamen Erhaltung einzelner Arten oder Gruppen von Arten zu schließen.

(2) Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Ständige Ausschuß von sich aus Tagungen von Sachverständigengruppen veranstalten.

Artikel 15

Nach jeder Tagung übermittelt der Ständige Ausschuß dem Ministerkomitee des Europarats einen Bericht über seine Arbeit und die Durchführung des Übereinkommens.

Kapitel VII Änderungen

Artikel 16

(1) Jede von einer Vertragspartei oder dem Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung der Artikel dieses Übereinkommens wird dem Generalsekretär des Europarats übermittelt und von ihm spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ständigen Ausschusses an die Mitgliedstaaten des Europarats, jeden Unterzeichner, jede Vertragspartei, jeden nach Artikel 19 zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens eingeladenen Staat und jeden nach Artikel 20 zum Beitritt eingeladenen Staat weitergeleitet.

(2) Jede nach Absatz 1 vorgeschlagene Änderung wird vom Ständigen Ausschuß geprüft, der

- a) bei Änderungen der Artikel 1 bis 12 den mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossenen Wortlaut den Vertragsparteien zur Annahme vorlegt;
- b) bei Änderungen der Artikel 13 bis 24 den mit Dreiviertelmehrheit der abge-

three-quarters majority of the votes cast to the Committee of Ministers for approval. After its approval, this text shall be forwarded to the Contracting Parties for acceptance.

3. Any amendment shall enter into force on the thirtieth day after all the Contracting Parties have informed the Secretary General that they have accepted it.

4. The provisions of paragraphs 1, 2.a and 3 of this Article shall apply to the adoption of new Appendices to this Convention.

Article 17

1. Any amendment to the Appendices of this Convention proposed by a Contracting Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Secretary General of the Council of Europe and forwarded by him at least two months before the meeting of the Standing Committee to the member States of the Council of Europe, to any signatory, to any Contracting Party, to any State invited to sign this Convention in accordance with the provisions of Article 19 and to any State invited to accede to it in accordance with the provisions of Article 20.

2. Any amendment proposed in accordance with the provisions of the preceding paragraph shall be examined by the Standing Committee, which may adopt it by a two-thirds majority of the Contracting Parties. The text adopted shall be forwarded to the Contracting Parties.

3. Three months after its adoption by the Standing Committee and unless one-third of the Contracting Parties have notified objections, any amendment shall enter into force for those Contracting Parties which have not notified objections.

Chapter VIII

Settlement of disputes

Article 18

1. The Standing Committee shall use its best endeavours to facilitate a friendly settlement of any difficulty to which the execution of this Convention may give rise.

2. Any dispute between Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention which has not been settled on the basis of the provisions of the preceding paragraph or by negotiation between the parties concerned shall, unless the said parties agree otherwise, be submitted, at the request of one of them, to arbitration. Each party shall designate an arbitrator and the two arbitrators shall designate a

majorité des trois quarts des voix exprimées à l'approbation du Comité des Ministres. Ce texte est communiqué après son approbation aux Parties contractantes en vue de son acceptation.

3. Tout amendement entre en vigueur le trentième jour après que toutes les Parties contractantes ont informé le Secrétaire Général qu'elles l'ont accepté.

4. Les dispositions des paragraphes 1, 2.a et 3 du présent article sont applicables à l'adoption de nouvelles annexes à la présente Convention.

Article 17

1. Tout amendement aux annexes à la présente Convention, proposé par une Partie contractante ou par le Comité des Ministres, est communiqué au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et transmis par ses soins deux mois au moins avant la réunion du Comité permanent aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout signataire, à toute Partie contractante, à tout Etat invité à signer la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 19 et à tout Etat invité à y adhérer, conformément aux dispositions de l'article 20.

2. Tout amendement proposé conformément aux dispositions du paragraphe précédent est examiné par le Comité permanent qui peut l'adopter à la majorité des deux tiers des Parties contractantes. Le texte adopté est communiqué aux Parties contractantes.

3. A l'expiration d'une période de trois mois après son adoption par le Comité permanent, et sauf si un tiers des Parties contractantes ont notifié des objections, tout amendement entre en vigueur à l'égard des Parties contractantes qui n'ont pas notifié d'objections.

Chapitre VIII

Règlement des différends

Article 18

1. Le Comité permanent facilite autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté à laquelle l'exécution de la Convention donnerait lieu.

2. Tout différend entre Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui n'a pas été réglé sur la base des dispositions du paragraphe précédent ou par voie de négociation entre les parties au différend et sauf si ces parties en conviennent autrement est, à la requête de l'une d'entre elles, soumis à l'arbitrage. Chacune des parties désigne un arbitre et les deux arbitres désignent un

gebenen Stimmen beschlossenen Wortlaut dem Ministerkomitee zur Genehmigung vorlegt. Nach der Genehmigung wird dieser Wortlaut den Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.

(3) Jede Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär die Annahme dieser Änderung mitgeteilt haben.

(4) Die Absätze 1, 2 Buchstabe a und 3 gelten auch für die Annahme neuer Anhänge zu diesem Übereinkommen.

Artikel 17

(1) Jede von einer Vertragspartei oder dem Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung der Anhänge dieses Übereinkommens wird dem Generalsekretär des Europarats übermittelt und von ihm spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ständigen Ausschusses an die Mitgliedstaaten des Europarats, jeden Unterzeichner, jede Vertragspartei, jeden nach Artikel 19 zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens eingeladenen Staat und jeden nach Artikel 20 zum Beitritt eingeladenen Staat weitergeleitet.

(2) Jede nach Absatz 1 vorgeschlagene Änderung wird vom Ständigen Ausschuss geprüft, der sie mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsparteien beschließen kann. Der beschlossene Wortlaut wird den Vertragsparteien zugeleitet.

(3) Sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien Einwände notifiziert hat, tritt eine Änderung für die Vertragsparteien, die keine Einwände notifiziert haben, drei Monate nach der Beschlußfassung durch den Ständigen Ausschuss in Kraft.

Kapitel VIII

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 18

(1) Der Ständige Ausschuss bemüht sich, eine gütliche Beilegung jeder Schwierigkeit zu erleichtern, die sich bei der Durchführung dieses Übereinkommens ergibt.

(2) Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht nach Absatz 1 oder durch Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien beigelegt worden ist, wird, sofern die betreffenden Parteien nichts anderes vereinbaren, auf Antrag einer dieser Parteien einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Partei bestimmt einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter bestim-

third arbitrator. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, if one of the parties has not designated its arbitrator within the three months following the request for arbitration, he shall be designated at the request of the other party by the President of the European Court of Human Rights within a further three months period. The same procedure shall be observed if the arbitrators cannot agree on the choice of the third arbitrator within the three months following the designation of the two first arbitrators.

3. In the event of a dispute between two Contracting Parties one of which is a member State of the European Economic Community, the latter itself being a Contracting Party, the other Contracting Party shall address the request for arbitration both to the member State and to the Community, which jointly, shall notify it, within two months of receipt of the request, whether the member State or the Community, or the member state and the Community jointly, shall be party to the dispute. In the absence of such notification within the said time limit, the member State and the Community shall be considered as being one and the same party to the dispute for the purposes of the application of the provisions governing the constitution and procedure of the arbitration tribunal. The same shall apply when the member State and the Community jointly present themselves as party to the dispute.

4. The arbitration tribunal shall draw up its own Rules of Procedure. Its decisions shall be taken by majority vote. Its award shall be final and binding.

5. Each party to the dispute shall bear the expenses of the arbitrator designated by it and the parties shall share equally the expenses of the third arbitrator, as well as other costs entailed by the arbitration.

troisième arbitre. Si, sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, dans un délai de trois mois à compter de la requête d'arbitrage, l'une des parties n'a pas désigné son arbitre, le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme procède, à la demande de l'autre partie, à sa désignation dans un nouveau délai de trois mois. La même procédure s'applique au cas où les deux arbitres ne peuvent pas se mettre d'accord sur le choix du troisième arbitre dans un délai de trois mois à compter de la désignation des deux premiers arbitres.

3. En cas de différend entre deux Parties contractantes dont l'une est un Etat membre de la Communauté économique européenne, elle-même Partie contractante, l'autre Partie contractante adresse la requête d'arbitrage à la fois à cet Etat membre et à la Communauté, qui lui notifie conjointement, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, si l'Etat membre ou la Communauté, ou l'Etat membre et la Communauté conjointement, se constituent partie au différend. A défaut d'une telle notification dans ledit délai, l'Etat membre et la Communauté sont réputés n'être qu'une seule et même partie au différend pour l'application des dispositions régissant la constitution et la procédure du tribunal arbitral. Il en est de même lorsque l'Etat membre et la Communauté se constituent conjointement partie au différend.

4. Le tribunal arbitral établit ses propres règles de procédure. Les décisions sont prises à la majorité. Sa sentence est définitive et obligatoire.

5. Chaque partie au différend supporte les frais de l'arbitre qu'elle a désigné et les parties supportent, à parts égales, les frais du troisième arbitre, ainsi que les autres dépenses entraînées par l'arbitrage.

men einen dritten Schiedsrichter. Vorbehaltlich des Absatzes 3 gilt folgendes: Hat eine der Parteien drei Monate nach Beantragung eines Schiedsverfahrens noch keinen Schiedsrichter bestimmt, so wird dieser auf Antrag der anderen Partei innerhalb von weiteren drei Monaten vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestimmt. Können sich die Schiedsrichter innerhalb von drei Monaten nach Bestimmung der ersten beiden Schiedsrichter nicht auf einen dritten Schiedsrichter einigen, so wird das gleiche Verfahren angewendet.

(3) Ist in einer Streitigkeit zwischen zwei Vertragsparteien die eine Vertragspartei zugleich Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und diese selbst ebenfalls Vertragspartei, so richtet die andere Vertragspartei den Antrag auf ein Schiedsverfahren sowohl an diesen Staat als auch an die Gemeinschaft; diese notifizieren ihr gemeinsam innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags, ob der Mitgliedstaat oder die Gemeinschaft oder der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam Streitpartei sein werden. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine solche Notifikation, so gelten der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft als eine Streitpartei für die Zwecke der Anwendung der Bestimmungen über die Errichtung und das Verfahren des Schiedsgerichts. Dasselbe gilt, wenn der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten.

(4) Das Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit. Sein Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(5) Jede Streitpartei übernimmt die Kosten des von ihr bestimmten Schiedsrichters, die Kosten des dritten Schiedsrichters sowie die sonstigen durch das Schiedsverfahren entstehenden Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen.

Chapter IX Final Provisions

Article 19

1. This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe and non-member States which have participated in its elaboration and by the European Economic Community.

Up until the date when the Convention enters into force, it shall also be open for signature by any other State so invited by the Committee of Ministers.

The Convention is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall

Chapitre IX Dispositions finales

Article 19

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe et des Etats non membres qui ont participé à son élaboration, ainsi qu'à celle de la Communauté économique européenne.

Jusqu'à la date de son entrée en vigueur, elle est aussi ouverte à la signature de tout autre Etat invité à la signer par le Comité des Ministres.

La Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou

Kapitel IX Schlußbestimmungen

Artikel 19

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, für Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben, und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf.

Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens liegt es auch für jeden anderen vom Ministerkomitee dazu eingeladenen Staat zur Unterzeichnung auf.

Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmi-

be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date on which five States, including at least four member States of the Council of Europe, have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of the preceding paragraph.

3. In respect of any signatory State or the European Economic Community which subsequently express their consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 20

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe, after consulting the Contracting Parties, may invite to accede to the Convention any non-member State of the Council which, invited to sign in accordance with the provisions of Article 19, has not yet done so, and any other non-member State.

2. In respect of any acceding State, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 21

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made under the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn by notification addressed to the Secretary General. Such withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiry of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

d'approbation seront déposés, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq Etats, dont au moins quatre Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions du paragraphe précédent.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire ou de la Communauté économique européenne, qui exprimeront ultérieurement leur consentement à être liés par elle, le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 20

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra, après consultation des Parties contractantes, inviter à adhérer à la Convention tout Etat non membre du Conseil qui, invité à la signer conformément aux dispositions de l'article 19, ne l'aura pas encore fait, et tout autre Etat non membre.

2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 21

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Toute Partie contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont elle assure les relations internationales ou pour lequel elle est habilitée à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

gungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Staaten, darunter mindestens vier Mitgliedstaaten des Europarats, nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die später ihre Zustimmung ausdrücken, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 20

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsparteien jeden Nichtmitgliedstaat des Rates, der nach Artikel 19 zur Unterzeichnung eingeladen worden ist, dies jedoch noch nicht getan hat, sowie jeden anderen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 21

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für das sie Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Article 22

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, make one or more reservations regarding certain species specified in Appendices I to III and/or, for certain species mentioned in the reservation or reservations, regarding certain means or methods of killing, capture and other exploitation listed in Appendix IV. No reservations of a general nature may be made.

2. Any Contracting Party which extends the application of this Convention to a territory mentioned in the declaration referred to in paragraph 2 of Article 21 may, in respect of the territory concerned, make one or more reservations in accordance with the provisions of the preceding paragraph.

3. No other reservation may be made.

4. Any Contracting Party which has made a reservation under paragraphs 1 and 2 of this Article may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawal shall take effect as from the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 23

1. Any Contracting Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiry of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 24

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, any signatory State, the European Economic Community if a signatory of this Convention and any Contracting Party of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 19 and 20;
- d. any information forwarded under the provisions of paragraph 3 of Article 13;
- e. any report established in pursuance of the provisions of Article 15;
- f. any amendment or any new Appendix adopted in accordance with Articles

Article 22

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, formuler une ou plusieurs réserves à l'égard de certaines espèces énumérées dans les annexes I à III et/ou, pour certaines de ces espèces qui seront indiquées dans la ou les réserves, à l'égard de certains moyens ou méthodes de chasse et d'autres formes d'exploitation mentionnées dans l'annexe IV. Des réserves de caractère général ne sont pas admises.

2. Toute Partie contractante qui étend l'application de la présente Convention à un territoire désigné dans la déclaration prévue au paragraphe 2 de l'article 21 peut, pour le territoire concerné, formuler une ou plusieurs réserves conformément aux dispositions du paragraphe précédent.

3. Aucune autre réserve n'est admise.

4. Toute Partie contractante qui a formulé une réserve en vertu des paragraphes 1 et 2 du présent article peut la retirer en tout ou en partie en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 23

1. Toute Partie contractante peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 24

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat signataire, à la Communauté économique européenne signataire de la présente Convention, et à toute Partie contractante:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation, ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 19 et 20;
- d. toute information communiquée en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 13;
- e. tout rapport établi en application des dispositions de l'article 15;
- f. tout amendement ou toute nouvelle annexe adopté conformément aux

Artikel 22

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einen oder mehrere Vorbehalte in bezug auf bestimmte in den Anhängen I bis III aufgeführte Arten und/oder für bestimmte in dem oder den Vorbehalten genannte Arten in bezug auf bestimmte in Anhang IV aufgeführte Mittel oder Methoden des Tötens, Fangens oder der sonstigen Nutzung machen. Vorbehalte allgemeiner Art sind nicht zulässig.

(2) Jede Vertragspartei, welche die Anwendung dieses Übereinkommens auf ein Hoheitsgebiet ausdehnt, das in der in Artikel 21 Absatz 2 bezeichneten Erklärung genannt ist, kann für das betreffende Hoheitsgebiet einen oder mehrere Vorbehalte nach Maßgabe des Absatzes 1 machen.

(3) Sonstige Vorbehalte sind nicht zulässig.

(4) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach den Absätzen 1 und 2 gemacht hat, kann diesen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Zurücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 23

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 24

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, jedem Unterzeichnerstaat, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sofern sie Unterzeichner dieses Übereinkommens ist, und jeder Vertragspartei

- a) jede Unterzeichnung,
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde,
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 19 und 20,
- d) jede nach Artikel 13 Absatz 3 übermittelte Information,
- e) jeden nach Artikel 15 ausgearbeiteten Bericht,
- f) jede Änderung oder jeden neuen Anhang, die nach den Artikeln 16 und 17

16 and 17 and the date on which the amendment or new Appendix comes into force;

- g. any declaration made under the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 21;
- h. any reservation made under the provisions of paragraphs 1 and 2 of Article 22;
- i. the withdrawal of any reservation carried out under the provisions of paragraph 4 of Article 22;
- j. any notification made under the provisions of Article 23 and the date on which the denunciation takes effect.

articles 16 et 17 et la date à laquelle cet amendement ou cette nouvelle annexe entre en vigueur;

- g. toute déclaration faite en vertu des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 21;
- h. toute réserve formulée en vertu des dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 22;
- i. le retrait de toute réserve effectué en vertu des dispositions du paragraphe 4 de l'article 22;
- j. toute notification faite en vertu des dispositions de l'article 23 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

beschlossen werden, und den Zeitpunkt, zu dem die Änderung oder der neue Anhang in Kraft tritt,

- g) jede nach Artikel 21 Absätze 2 und 3 abgegebene Erklärung,
- h) jeden nach Artikel 22 Absätze 1 und 2 gemachten Vorbehalt,
- i) die Zurücknahme jedes Vorbehalts nach Artikel 22 Absatz 4,
- j) jede nach Artikel 23 vorgenommene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Bern, this 19th day of September 1979, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to any signatory State, to the European Economic Community if a signatory and to any State invited to sign this Convention or to accede thereto.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Berne, le 19 septembre 1979, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat et à la Communauté économique européenne signataires ainsi qu'à tout Etat invité à signer la présente Convention ou à y adhérer.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bern am 19. September 1979 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt jedem Mitgliedstaat des Europarats, jedem Unterzeichnerstaat, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sofern sie Unterzeichner ist, sowie jedem Staat, der zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladen worden ist, beglaubigte Abschriften.

Anhang I

Streng geschützte Pflanzenarten

Pteridophyta**Gefäß-Sporenpflanzen**

Aspidiaceae

Schildfarngewächse

Diplazium caudatum (Cav.) Jermy

Pteridiaceae

Saumfarngewächse

Pteris serrulata Forssk.

Feingesägter Saumfarn

Gymnospermae**Nacktsamer**

Pinaceae

Kieferngewächse

Abies nebrodensis (Lojac.) Mattei

Nebroden-Tanne

Angiospermae**Bedecktsamer**

Alismataceae

Froschlöffelgewächse

Alisma wahlenbergii (O. R. Holmberg) Juzepczuk

Wahlenbergs Froschlöffel

Berberidaceae

Berberitzengewächse

Gymnospermum altaicum (Pallas) Spach

Boraginaceae

Boretschgewächse

Anchusa crispa Viv.

Krause Ochsenzunge

Myosotis rehsteineri Wartm.

Bodensee-Vergißmeinnicht

Omphalodes littoralis Lehm.

Strand-Gedenkemein

Onosta caespitosum Kotschy

Rasige Lotwurz

Onosma troodii Kotschy

Troods Lotwurz

Solenanthes albanicus (Degen et al.) Degen & Baldacci

Albanischer Riesenboretsch

Symphytum cycladense Pawl.

Kykladen-Beinwell

Campanulaceae

Glockenblumengewächse

Campanula sabatia De Not.

Caryophyllaceae

Nelkengewächse

Arenaria lithiops Heywood ex McNeill

Stein-Sandkraut

Gypsophila papillosa P. Porta

Warziges Gipskraut

Loeflingia tavaresiana G. Samp.

Loeflingie

Silene orphanidis Boiss.

Leere Lichtnelke

Silene rothmaleri Pinto da Silva

Rothmalers Lichtnelke

Silene velutina Pourret ex Loisel.

Samt-Lichtnelke

Chenopodiaceae

Gänsefußgewächse

Kochia saxicola Guss.

Felsen-Radmelde

Salicornia veneta Pignatti & Lausi

Venezianischer Queller

Cistaceae

Zistrosengewächse

Tuberaria major (Willk.) Pinto da Silva

Großes Sandröschen

Compositae

Korbblütler

Anacyclus alboranensis Esteve Chueca & Varo

Kreisblume, Ringköpfchen

Anthemis glaberrima (Rech. f.) Greuter

Kahle Hundskamille

Artemisia granatensis Boiss.

Granada-Beifuß

Artemisia laciniata Willd.

Schlitzblatt-Beifuß

Aster pyrenaeus Desf. ex DC.

Pyrenäen-Aster

Aster sibiricus L.

Sibirische Aster

Centaurea balearica J. D. Rodriguez

Balearen-Flockenblume

Centaurea heldreichii Halácsy

Heldreichs Flockenblume

Centaurea horrida Badaro

Stachelige Flockenblume

Centaurea kalambakensis Freyn & Sint.*Centaurea lactiflora* Halácsy

Milchweiße Flockenblume

Centaurea linaresii Lazaro*Centaurea megarensis* Halácsy & Hayek*Centaurea niederi* Heldr.

Nieders Flockenblume

Centaurea peucedanifolia Boiss. & Orph.

Haarstrang-Flockenblume

Centaurea princeps Boiss. & Heldr.

Fürstliche Flockenblume

Crepis crocifolia Boiss. & Heldr.

Krokusblättriger Pippau

Lamyropsis microcephala (Moris) Dittrich & Greuter*Leontodon siculus* (Guss.) Finch & Sell

Sizilianischer Löwenzahn

Logfia neglecta (Soy.-Will.) Holub

Verkanntes Filzkraut

Senecio alboranicus Maire

Convolvulaceae

Windengewächse

Convolvulus argyrothamnus Greuter

Silber-Winde

Cruciferae
Kreuzblütler

Alyssum akamasicum B. L. Burt
Alyssum fastigiatum Heywood
 Büschel-Steinkraut
Arabis kennedyae Meikle
 Kennedys Gänsekresse
Biscutella neustriaca Bonnet
 Pariser Brillenschote
Brassica hilarionis Post
Brassica macrocarpa Guss.
 Großfruchtiger Kohl
Braya purpurascens (R. Br.) Bunge
 Purpur-Knotenschötchen
Coronopus navasii Pau
 Navas' Krähenfuß
Diplotaxis siettiana Maire
 Siettis Doppelsame
Enarthrocarpus pterocarpus DC.
Hutera rupestris P. Porta
Iberis arbuscula Runemark
 Bäumchen-Schleifenblume
Ionopsidium acaule (Desf.) Reichenb.
 Stengelloses Scheinveilchen
Ptilotrichum pyrenaicum (Lapeyr.) Boiss.
 Pyrenäen-Haarfeder
Rhynchosinapis johnstonii (G. Samp.) Heywood
 Johnstons Schnabelsenf
Sisymbrium matritense P. W. Ball & Heywood
 Madrider Rauke

Euphorbiaceae
Wolfsmilchgewächse

Euphorbia ruscinonensis Boiss.
 Roussinon-Wolfsmilch

Gramineae
Gräser

Stipa bavarica Martinovský & H. Scholz
 Bayerisches Federgras

Grossulariaceae
Stachelbeergewächse

Ribes sardoum Martelli
 Sardinische Stachelbeere

Hypericaceae
Hartheugewächse

Hypericum aciferum (Greuter) N. K. B. Robson
 Nadel-Johanniskraut

Iridaceae
Schwertliliengewächse

Crocus cyprius Boiss. & Kotschy
 Zyprischer Krokus
Crocus hartmannianus Holmboe
 Hartmanns Krokus

Labiales

Amabacus cordifolium Montr. & Auch.
 Herzblatt-Dost
Micromeria taygetea P. H. Davis
 Micromerie
Nepeta sphaciatica P. H. Davis
Phlomis brevibracteata Turill
 Kurzdeckblatt-Brandkraut

Phlomis cypria Post
 Zyprisches Brandkraut
Salvia crassifolia Sibth. & Smith
 Dickblättriger Salbei
Sideritis cypria Post
 Zyprisches Gliedkraut
Thymus camphoratus Hoffmanns. & Link
 Kampfer-Thymian
Thymus carnosus Boiss.
 Fleischiger Thymian
Thymus cephalotus L.
 Großköpfiger Thymian

Leguminosae
Hülsenfrüchtler

Astragalus algarbiensis Coss. ex Bunge
 Algarve-Tragant
Astragalus aquilinus Anzalone
 Adler-Tragant
Astragalus maritimus Moris
 Strand-Tragant
Astragalus verrucosus Moris
 Warziger Tragant
Cytisus aeolicus Guss. ex Lindl.
 Äolischer Geißklee
Ononis maweana Ball
 Mawes Hauhechel
Oxytropis deflexa (Pallas) DC.
 Gekrümmte Fahnenwicke

Lentibulariaceae
Wasserschlauchgewächse

Pinguicula crystallina Sibth. & Smith
 Kristall-Fettkraut

Liliaceae
Liliengewächse

Androcymbium rechingeri Greuter
Chionodoxa lochiae Meikle
 Schneestolz
Muscari gussonei (Parl.) Tod.
 Gussones Traubenhyazinthe
Scilla morrisii Meikle
 Morrisii Blaustern

Orchidaceae
Knabenkrautgewächse, Orchideen

Ophrys kotschy Fleischm. & Soó
 Kotschys Ragwurz

Papaveraceae
Mohngewächse

Rupicapnos africana (Lam.) Pomel

Plumbaginaceae
Bleiwurzwächse

Armeria rouyana Daveau
 Rouys Grasnelke
Limonium paradoxum Pugsley
 Seltsamer Strandflieder
Limonium recurvum C. E. Salmon
 Zurückgekrümmter Strandflieder

Polygonaceae
Knöterichgewächse

Rheum rhaponticum L.
 Pontischer Rhabarber

Primulaceae

Primelgewächse

Primula apennina Widmer

Apenninen-Primel

Primula egalikensis Wormsk.

Ranunculaceae

Hahnenfußgewächse

Aquilegia cazorlensis Heywood*Aquilegia kitaibelii* Schott

Kitaibels Akelei

Consolida samia P. H. Davis

Samos-Rittersporn

Delphinium caseyi B. L. Burt

Caseys Rittersporn

Ranunculus kykkoensis Meikle

Kykko-Hahnenfuß

Ranunculus weyleri Mares

Weylers Hahnenfuß

Rubiaceae

Krappgewächse

Galium litorale Guss.

Strand-Labkraut

Scrophulariaceae

Braunwurzgewächse

Antirrhinum charidemi Lange

Charidems Löwenmaul

Euphrasia marchesettii Wettst. ex Marches.

Marchesettis Augentrost

Linaria algarviana Chav.

Algarve-Leinkraut

Linaria ficalhoana Rouy

Selaginaceae

Globularia stygia Orph. ex Boiss.

Dunkle Kugelblume

Solanaceae

Nachtschattengewächse

Atropa baetica Willk.

Andalusische Tollkirsche

Thymelaeaceae

Seidelbastgewächse

Daphne rodriguezii Texidor

Rodriguez' Seidelbast

Umbelliferae

Doldenblütler

Angelica heterocarpa Lloyd

Verschiedenfrüchtige Engelwurz

Angelica palustris (Besser) Hoffman

Sumpf-Engelwurz

Bupleurum kakiskalae Greuter*Ferula cypria* Post

Zyprischer Riesenfenchel

Laserpitium longiradium Boiss.

Langstrahliges Laserkraut

Oenanthe conoides Lange

Schierling-Wasserfenchel

Valerianaceae

Baldriangewächse

Valeriana longiflora Willk.

Langblütiger Baldrian

Violaceae

Veilchengewächse

Viola hispida Lam.

Rauhhaariges Veilchen

Viola jaubertiana Mares & Vigineix

Jauberts Veilchen

Anhang II

Streng geschützte Tierarten

Säugetiere

Insectivora
Insektenfresser

Talpidae
Maulwürfe

Desmana pyrenaica (*Galemys pyrenaicus*)
Pyrenäendesman

Microchiroptera
Kleinfledermäuse

alle Arten außer *Pipistrellus pipistrellus*
Zwergfledermaus

Rodentia
Nager

Sciuridae
Hörnchen

Citellus citellus
Einfarbiges Ziesel

Cricetidae
Hamster und Wühlmäuse

Cricetus cricetus
Feldhamster

Hystricidae
Erdstachelschwein

Hystrix cristata
Stachelschwein

Carnivora
Raubtiere

Canidae
Hunde

Canis lupus
Wolf
Alopex lagopus
Eisfuchs

Ursidae
Bären

alle Arten

Mustelidae
Marder

Lutreola (*Mustela*) *lutreola*
Europäischer Nerz
Lutra lutra
Fischotter
Gulo gulo
Vielfraß

Felidae
Katzen

Lynx pardina (*pardellus*)
Pardelluchs
Panthera pardus
Leopard
Panthera tigris
Tiger

Odobenidae
Walrosse

Odobenus rosmarus
Walroß

Phocidae

Hundsrobben

Monachus monachus
Mittelmeer-Mönchsrobbe

Artiodactyla
Paarhufer

Bovidae
Horntiere

Capra aegagrus
Bozoarziege
Rupicapra rupicapra ornata
Unterart der Gemse
Ovibos moschatus
Moschusochse

Odontoceti
Delphinidae

Delphinus delphis
Delphin
Tursiops truncatus (*tursio*)
Großer Tümmler

Phocaenidae

Phocaena phocaena
Schweinswal oder Braunfisch

Mystacoceti

Balaenopteridae
Furchenwale

Sibbaldus (*Balaenoptera*) *musculus*
Blauwal
Megaptera novaengliae (*longimana*, *nodosa*)
Buckelwal

Balaenidae
Glattwale

Eubalaena glacialis
Nordkaper
Balaena mysticetus
Grönlandwal

Vögel

Gaviiformes

Gaviidae
Seetaucher
alle Arten

Podicipediformes
Lappentaucher

Podicipedidae
Lappentaucher

Podiceps griseigena
Rothalstaucher
Podiceps auritus
Ohrentaucher
Podiceps nigricollis (*caspicus*)
Schwarzhalstaucher
Podiceps ruficollis
Zwergtaucher

Procellariiformes
Röhrennasen

Hydrobatidae
Sturmschwalben

alle Arten

Procellariidae
Sturmvögel

Puffinus puffinus
Schwarzschnabelsturmtaucher
Procellaria diomedea
Gelbschnabelsturmtaucher

Pelecaniformes
Ruderfüßer

Phalacrocoracidae
Kormorane

Phalacrocorax pygmaeus
Zwergscharbe

Pelecanidae
Pelikane

alle Arten

Ciconiiformes
Stelzvögel

Ardeidae
Reiher und Rohrdommler

Ardea purpurea
Purpureiher
Casmerodius albus (*Egretta alba*)
Silberreiher
Egretta garzetta
Seidenreiher
Ardeola ralloides
Rallenreiher
Bubulcus (Ardeola) ibis
Kuhreiher
Nycticorax nycticorax
Nachtreiher
Ixobrychus minutus
Zwergdommel
Botaurus stellaris
Rohrdommler

Ciconiidae
Störche

alle Arten

Threskiornithidae
Ibissvögel

alle Arten

Phoenicopteridae
Flamingos

Phoenicopterus ruber
Flamingo

Anseriformes
Gänsevögel und Entenvögel

Anatidae
Gänse und Enten

Cygnus cygnus
Singschwan
Cygnus bewickii (columbianus)
Zwergschwan
Anser erythropus
Zwerggans

Branta leucopsis
Nonnengans, Weißwangengans
Branta ruficollis
Rothalsgans
Tadorna tadorna
Brandgans (Brandente)
Tadorna ferruginea
Rostgans
Marmaronetta (Anas) angustirostris
Marmelente
Somateria spectabilis
Prachteiderente
Polysticta stelleri
Scheckente
Histrionicus histrionicus
Kragenente
Bucephala islandica
Spatelente
Mergus albellus
Zwergsäger
Oxyura leucocephala
Weißkopfruderente

Falconiformes
Greifvögel oder Tagraubvögel

alle Arten

Gruiformes
Kranichvögel

Turnicidae
Laufhühnchen

Turnix sylvatica
Laufhühnchen

Gruidae
Kraniche

alle Arten

Rallidae
Rallen

Porzana porzana
Tüpfelsumpfhuhn
Porzana pusilla
Zwergsumpfhuhn
Porzana parva
Kleines Sumpfhuhn
Crex crex
Wachtelkönig
Porphyrio porphyrio
Purpurhuhn
Fulica cristata
Kammbläuhuhn

Otididae

Trappen

alle Arten

Charadriiformes
Wat- und Möwenvögel

Charadriidae
Regenpfeifer

Hoplopterus spinosus
Spornkiebitz
Charadrius hiaticula
Sandregenpfeifer
Charadrius dubius
Flußregenpfeifer

Charadrius alexandrinus	Larus (Xenia) sabini
Seeregenpfeifer	Schwalbenmöwe
Charadrius leschenaulti	Chlidonias niger
Wüstenregenpfeifer	Trauerseeschwalbe
Eudromias morinellus	Chlidonias leucopterus
Mornellregenpfeifer	Weißflügelseeschwalbe
Arenaria interpres	Chlidonias hybrida
Steinwälzer	Weißbartseeschwalbe
<i>Scolopacidae</i>	Gelochelidon nilotica
Schnepfenvögel	Lachseeschwalbe
Gallinago media	Hydroprogne caspia
Sumpfschnepfe, Bekassine	Raubseeschwalbe
Numenius tenuirostris	Sterna hirundo
Dünnschnabel-Brachvogel	Flußseeschwalbe
Tringa stagnatilis	Sterna paradisaea (macrura)
Teichwasserläufer	Küstenseeschwalbe
Tringa ochropus	Sterna dougallii
Waldwasserläufer	Rosenseeschwalbe
Tringa glareola	Sterna albifrons
Bruchwasserläufer	Zwergseeschwalbe
Tringa hypoleucos	Sterna sandvicensis
Flußuferläufer	Brandseeschwalbe
Tringa cinerea	
Terekwasserläufer	Columbiformes
Calidris minuta	Taubenvögel
Zwergstrandläufer	<i>Pteroclididae</i>
Calidris temminckii	Flughühner
Temminckstrandläufer	alle Arten
Calidris maritima	
Meerstrandläufer	Cuculiformes
Calidris alpina	Kuckucksähnliche Vögel
Alpenstrandläufer	<i>Cuculidae</i>
Calidris ferruginea	Eigentliche Kuckucke
Sichelstrandläufer	Clamator glandarius
Calidris alba	Häherkuckuck
Sanderling	
Limicola falcinellus	Strigiformes
Sumpfläufer	Eulenvögel
<i>Recurvirostridae</i>	alle Arten
Stelzenläufer	
alle Arten	Caprimulgiformes
<i>Phalaropodidae</i>	Nachtschwalbenähnliche Vögel
Wassertreter	<i>Caprimulgidae</i>
alle Arten	Schwalmvögel
<i>Burhinidae</i>	alle Arten
Triele	
Burhinus oedicephalus	Apodiformes
Triel	Segler
<i>Glareolidae</i>	<i>Apodidae</i>
Brachschwalbenartige	Segler
alle Arten	Apus pallidus
<i>Laridae</i>	Fahlsegler
Möwen	Apus melba
Pagophila eburnea	Alpensegler
Elfenbeinmöwe	Apus caffer
Larus audouinii	Kaffernsegler
Korallenmöwe	
Larus melanocephalus	Coraciiformes
Schwarzkopfmöwe	Rackenvögel
Larus genei	<i>Alcedinidae</i>
Dünnschnabelmöwe	Eisvögel
Larus minutus	Alcedo atthis
Zwergmöwe	Eisvogel

Meropidae

Bienenfresser

Merops apiaster
Bienenfresser

Coraciidae

Racken

Coracias garrulus
Blauracken

Upopidae

Wiedehopfe

Upopa epops
Wiedehopf

Piciformes

Spechtähnliche Vögel

alle Arten

Passeriformes

Sperlingsvögel

Alaudidae

Lerchen

Calandrella brachydactyla
Kurzzeheulerche
Calandrella rufescens
Stummellerche
Melanocorypha calandra
Kalandarlerche
Melanocorypha leucoptera
Weißflügellerche
Melanocorypha yeltoniensis
Mohrenlerche
Galerida theklae
Theklalerche
Eremophila alpestris
Ohrenlerche

Hirundinidae

Schwalben

alle Arten

Motacillidae

Stelzen

alle Arten

Laniidae

Würger

alle Arten

Bombycillidae

Seidenschwänze

Bombycilla garrulus
Seidenschwanz

Cinclidae

Wasseramseln

Cinclus cinclus
Wasseramsel

Troglodytidae

Zaunkönige

Troglodytes troglodytes
Zaunkönig

Prunellidae

Braunellen

alle Arten

Muscicapidae

Sänger

Turdinae

Drosseln

Saxicola rubetra
Braunkehlchen
Saxicola torquata
Schwarzkehlchen
Oenanthe oenanthe
Steinschmätzer
Oenanthe pleschanka (leucomela)
Nonnensteinschmätzer
Oenanthe hispanica
Mittelmeersteinschmätzer
Oenanthe isabellina
Isabellsteinschmätzer
Oenanthe leucura
Trauersteinschmätzer
Cercotrichas galactotes
Heckensänger
Monticola saxatilis
Steinrötel
Monticola solitarius
Blaumerle
Phoenicurus ochruros
Hausrotschwanz
Phoenicurus phoenicurus
Gartenrotschwanz
Erithacus rubecula
Rotkehlchen
Luscinia megarhynchos
Nachtigall
Luscinia luscinia
Sprosser
Luscinia (Cyanosylvia) svecica
Blauehlchen
Tarsiger cyanurus
Blauschwanz

Sylviinae

Grasmücken

alle Arten

Regulinae

Goldhähnchen

alle Arten

Muscicapinae

Eigentliche Fliegenschnäpper

alle Arten

Timaliinae

Timalien

Panurus biarmicus
Bartmeise

Paridae

Meisen

alle Arten

Sittidae

Spechtmeisen

alle Arten

Certhiidae

Baumläufer

alle Arten

Emberizidae

Ammern

Emberiza citrinella
Goldammer

Emberiza leucocephala
Fichtenammer

Emberiza cirius
Zaunammer

Emberiza cineracea
Kleinasiatische Ammer

Emberiza caesia
Grauer Ortolan

Emberiza cia
Zippammer

Emberiza schoeniclus
Rohrhammer

Emberiza melanocephala
Kappenammer

Emberiza aureola
Weidenammer

Emberiza pusilla
Zwergammer

Emberiza rustica
Waldammer

Plectrophenax nivalis
Schneeammer

Calcarius lapponicus
Spornammer

Fringillidae Finken

Carduelis chloris
Grünling

Carduelis carduelis
Stieglitz

Carduelis spinus
Zeisig

Carduelis flavirostris
Berghänfling

Carduelis cannabina
Hänfling

Carduelis flammea
Birkenzeisig

Carduelis hornemanni
Polarbirkenzeisig

Serinus citrinella
Zitronengirlitz

Serinus serinus
Girrlitz

Loxia curvirostra
Fichtenkreuzschnabel

Loxia pityopsittacus
Kiefernkreuzschnabel

Loxia leucoptera
Bindenkreuzschnabel

Pinicola enucleator
Hakengimpel

Carpodacus erythrinus
Karmingimpel

Rhodopechys githaginea
Wüstengimpel

Coccothraustes coccothraustes
Kernbeißer

Ploceidae Webervögel

Petronia petronia
Steinsperling

Montifringilla nivalis
Schneefink

Sturnidae Stare

Sturnus unicolor
Einfarbstarr

Sturnus roseus
Rosenstarr

Oriolidae Pirole

Oriolus oriolus
Pirol

Corvidae Rabenvögel

Perisoreus infaustus
Unglückshäher

Cyanopica cyanus
Blauelster

Nucifraga caryocatactes
Tannenhäher

Pyrrhocorax pyrrhocorax
Alpenkrähe

Pyrrhocorax graculus
Alpendohle

Reptilien

Testudines
Schildkröten

Testudinidae Landschildkröten

Testudo hermanni
Griechische Landschildkröte

Testudo graeca
Maurische Landschildkröte

Testudo marginata
Breitrandschildkröte

Emydidae Sumpfschildkröten

Emys orbicularis
Europäische Sumpfschildkröte

Mauremys caspica
Spanische Sumpfschildkröte

Dermochelyidae Lederschildkröten

Dermochelys coriacea
Lederschildkröte

Cheloniidae Meeresschildkröten

Caretta caretta
Unechte Karettschildkröte

Lepidochelys kempi
Bastard-Schildkröte

Chelonia mydas
Pazifische Suppenschildkröte

Eretmochelys imbricata
Echte Karettschildkröte

Sauria Echsen

Gekkonidae Haftzeher

Cyrtodactylus kotschy
Ägäischer Nacktfingergecko

Chamaeleontidae

Chamäleons

Chamaeleo chamaeleon
Gewöhnliches Chamäleon

Lacertidae

Eidechsen

Algyroides marchi
Spanische Kieleidechse
Lacerta lepida
Perleidechse
Lacerta parva
Zwerg-Zauneidechse
Lacerta simonyi
Hierro-Rieseneidechse
Lacerta princeps
Zagros-Eidechse
Lacerta viridis
Smaragdeidechse
Podarcis muralis
Gewöhnliche Mauereidechse
Podarcis lilfordi
Balearen-Eidechse
Podarcis sicula
Ruinen-Eidechse
Podarcis filfolensis
Malta-Eidechse

Scincidae

Glattechsen

Ablepharus kitaibelii
Johannisechse

Ophidia

Colubridae

Nattern

Coluber hippocrepis
Hufeisennatter
Elaphe situla
Leopardnatter
Elaphe quatuorlineata
Vierstreifennatter
Elaphe longissima
Äskulapnatter
Coronella austriaca
Schlingnatter

Viperidae

Vipern

Vipera ursinii
Spitzkopf- oder Wiesenotter
Vipera latasti
Stülpnasenotter
Vipera ammodytes
Sandotter
Vipera xanthina
Bergotter
Vipera lebetina
Levante-Otter
Vipera kaznakovi
Kaukasus-Otter

Lurche

Caudata

Schwanzlurche

Salamandridae

Salamander und Wassermolche

Salamandra (Mertensiella) luschani
Lycischer Salamander
Salamandrina terdigitata
Brillensalamander
Chioglossa lusitanica
Goldstreifensalamander
Triturus cristatus
Kamm-Molch

Proteidae

Olme

Proteus anguinus
Grottenolm

Anura

Discoglossidae

Scheibenzünger

Bombina variegata
Gelbbauchunke
Bombina bombina
Rotbauchunke
Alytes obstetricans
Geburtshelferkröte
Alytes cisternasii
Iberische Geburtshelferkröte

Pelobatidae

Krötenfrösche

Pelobates cultripes
Messerfuß
Pelobates fuscus
Knoblauchkröte

Bufo

Kröten

Bufo calamita
Kreuzkröte
Bufo viridis
Wechselkröte

Hylidae

Baumfrösche

Hyla arborea
Laubfrosch

Ranidae

Echte Frösche

Rana arvalis
Moorfrosch
Rana dalmatina
Springfrosch
Rana latastei
Italienfrosch

Anhang III Geschützte Tierarten

Säugetiere

Insectivora
Insektenfresser

Erinaceidae

Igel
Erinaceus europaeus
Igel

Soricidae

Spitzmäuse
alle Arten

Microchiroptera

Kleinfledermäuse

Vespertilionidae

Glattnasen
Pipistrellus pipistrellus
Zwergfledermaus

Duplicidentata

Leporidae

Hasen
Lepus timidus
Schneehase
Lepus capensis (europaeus)
Feldhase

Rodentia

Nagetiere

Sciuridae

Hörnchen
Sciurus vulgaris
Eichhörnchen
Marmota marmota
Alpenmurmeltier

Castoridae

Biber
Castor fiber
Biber

Gliridae

Schläfer
alle Arten

Microtidae

Wühlmäuse
Microtus rattachiceps (oeconomus)
Nördliche Wühlmaus
Microtus nivalis (lebrunii)
Schneemaus

Cetacea

Wale
alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Carnivora

Raubtiere

Mustelidae

Marder
Meles meles
Europäischer Dachs

Mustela erminea

Hermelin

Mustela nivalis

Mauswiesel

Putorius (Mustela) putorius

Europäischer Iltis

Martes martes

Baumarder

Martes foina

Steinarder

Viverridae

alle Arten

Felidae

Katzen

Felis catus (silvestris)

Waldkatze

Lynx lynx

Nordluchs

Phocidae

Hundsrobben

Phoca vitulina

Seehund

Pusa (Phoca) hispida

Eismeer-Ringelrobbe

Pagophilus groenlandicus (Phoca groenlandica)

Sattelrobbe

Erignathus barbatus

Bartrobbe

Halichoerus grypus

Kegelrobbe

Cystophora cristata

Klappmütze

Artiodactyla

Paarhufer

Suidae

Schweine

Sus scrofa meridionalis

Cervidae

Hirsche

alle Arten

Bovidae

Horntiere

Ovis aries (musimon, ammon)

Mufflon

Capra ibex

Alpensteinbock

Capra pyrenaica

Iberiensteinbock

Rupicapra rupicapra

Gemse

Vögel

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten außer:

Larus marinus

Mantelmöwe

Larus fuscus
Heringsmöwe

Larus argentatus
Silbermöwe

Columba palumbus
Ringeltaube

Passer domesticus
Haussperling

Sturnus vulgaris
Star

Garrulus glandarius
Eichelhäher

Pica pica
Elster

Corvus monedula
Dohle

Corvus frugilegus
Saatkrähe

Corvus corone (corone und cornix)
Rabenkrähe/Nebelkrähe

Reptilien

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Lurche

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Anhang IV**Verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung**

Säugetiere	Vögel
Schlingen	Schlingen ¹⁾
als Lockmittel verwendete geblendete oder verstümmelte lebende Tiere	Leimruten
Tonbandgeräte	Haken
elektrische Geräte, die töten oder betäuben können	als Lockmittel verwendete geblendete oder verstümmelte lebende Vögel
künstliche Lichtquellen	Tonbandgeräte
Spiegel und andere blendende Vorrichtungen	elektrische Geräte, die töten oder betäuben können
Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele	künstliche Lichtquellen
Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht mit elektronischem Bildverstärker oder Bildumwandler	Spiegel und andere blendende Vorrichtungen
Sprengstoffe ¹⁾	Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele
Netze ²⁾	Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht mit elektronischem Bildverstärker oder Bildumwandler
Fallen ²⁾	Sprengstoffe
Gift und vergiftete oder betäubende Köder	Netze
Begasen und Ausräuchern	Fallen
halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann	Gift und vergiftete oder betäubende Köder
Flugzeuge	halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann
fahrende Kraftfahrzeuge	Flugzeuge
	fahrende Kraftfahrzeuge

¹⁾ außer für den Walfang²⁾ soweit Tiere in größeren Mengen und/oder wahllos gefangen oder getötet werden¹⁾ außer Lagopus nördlich des 58. Breitengrads N

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Die Beratende Versammlung des Europarates empfahl am 28. September 1973 dem Ministerkomitee des Europarates, eine einheitliche Politik für den Schutz wildlebender Pflanzen und Tiere im Hinblick auf die Schaffung europäischer Bestimmungen festzulegen – wenn möglich durch ein Übereinkommen – unter der Miteinbeziehung strenger Beschränkungen für Jagd, Schießen, Fangen von schutzbedürftigen Tieren, für das Fischen und Eiersammeln und das Verbot des Vogelfangs¹⁾.

In ihrer Entschließung Nr. 2 empfahl die Zweite Europäische Ministerkonferenz über die Umwelt²⁾ dem Ministerkomitee, „innerhalb des Europarates einen Ad-hoc-Expertenausschuß mit der Maßgabe einzusetzen, ein Rechtsinstrument für den Schutz wildlebender Pflanzen und Tiere unter spezieller Bezugnahme auf wandernde Arten und die natürlichen Lebensräume in Europa zu erarbeiten, in der bei der Durchführung bereits bestehender Übereinkommen aufgetretene Schwierigkeiten umgangen werden können. Der Text soll möglichst bald dem Ministerkomitee des Europarates zur Überprüfung der zweckdienlichsten Verfahren vor der endgültigen Annahme dieser Rechtsvorschriften vorgelegt werden, und zwar vorzugsweise durch die Einberufung einer Konferenz Regierungsbevollmächtigter.“

Bei ihrer 28. ordentlichen Sitzung (Juni 1976) begrüßte die Beratende Versammlung die Entschließung der Zweiten Ministerkonferenz mit der Empfehlung an das Ministerkomitee, sofort einen Sachverständigenausschuß mit der Maßgabe einzusetzen, rechtzeitig für die Dritte Europäische Ministerkonferenz über die Umwelt einen Übereinkommensentwurf über wildlebende Pflanzen und Tiere vorzulegen. Daraufhin beschloß das Ministerkomitee bei seiner 259. Sitzung (Juni 1976), einen Ad-hoc-Ausschuß für die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere mit der Maßgabe einzusetzen, ein Rechtsinstrument für die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere auf der Grundlage der allgemeinen Grundsätze und der besonderen Bestimmungen zu erarbeiten, die von der Zweiten Ministerkonferenz über die Umwelt in ihrer Entschließung Nr. 2 über die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere vorgeschlagen wurde.

Unter dem Vorsitz von Botschafter Gunnar Seidenfaden (Dänemark) erarbeitete der Ad-hoc-Ausschuß von November 1976 bis Dezember 1978 einen Übereinkommensentwurf, der dem Ministerkomitee am 19. Dezember 1978 vorgelegt wurde.

Das Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume wurde aus Anlaß der Dritten Europäischen Ministerkonferenz über die Umwelt in Bern zur

Unterzeichnung aufgelegt und von 20 europäischen Staaten sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. Bis September 1982 haben neun Staaten das Übereinkommen ratifiziert, so daß es gemäß Artikel 19 Abs. 2 am 1. Juni 1982 in Kraft getreten ist.

II. Besonderes

Vorbemerkungen

Man hat sich bemüht, einen Text abzufassen, der den Naturschutzstandard in Europa verbessert, und es einer maximalen Anzahl von Staaten ermöglicht, Vertragsparteien zu werden, während er gleichzeitig die Schwierigkeiten bei der Durchführung bereits auf diesem Gebiet bestehender Übereinkommen berücksichtigt.

Hierfür war es notwendig, die Eigentümlichkeiten wildlebender Pflanzen und Tiere und die Erfordernisse für ihre Erhaltung klar zu erkennen. Man war ebenso der Auffassung, daß das Übereinkommen unbedingt die Ziele und Mechanismen im einzelnen aufführen muß, die allen potentiellen Vertragsparteien gemeinsam sind.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die betroffenen Arten selten in allen Mitgliedstaaten des Europarates vorkommen und daß der Status dieser Arten, der in verschiedenen Staaten oft unterschiedlich ist (in einigen Staaten sind sie häufig und in anderen selten; dennoch ist ein gemeinsames Vorgehen für ihren Schutz erforderlich), sich auf natürliche Weise wie auch als Ergebnis des Vorgehens der Staaten aufgrund des Übereinkommens ständig ändert. Daher war die Erarbeitung von Rechtsvorschriften erforderlich, die eine Handlungsflexibilität im Rahmen eines gemeinsamen Ziels ermöglichen. Diese Flexibilität sollte eine Abänderung der Bestimmungen des Übereinkommens ermöglichen (der Artikel wie auch der Anhänge), um den sich ändernden Umständen Rechnung zu tragen.

Die in Europa vorkommenden wildlebenden Arten sind in vielen Fällen weit über die Grenzen der Mitgliedstaaten des Europarates verbreitet. Viele der bestehenden Naturschutzprobleme wie auch solche, die internationale Zusammenarbeit erfordern, können nicht allein innerhalb der Mitgliedstaaten des Europarates gelöst werden, und dementsprechend hat man versucht, einen Text zu erarbeiten, der es auch anderen Staaten ermöglicht, Vertragsparteien zu werden. Insbesondere wurde dafür gesorgt, daß solche Staaten im Verlaufe von Änderungen, die aufgrund einer neuen Sachlage erforderlich sind, ein Wort mitzureden haben, besonders hinsichtlich der Fortschreibung der Liste über Arten, die in koordinierter Form geschützt werden müssen, aber auch bei der Verbesserung der Flexibilität des Übereinkommens hinsichtlich sich ändernder Umstände, die aufgrund der Natur wildlebender Pflanzen und Tiere und der auftretenden Probleme zum Zeitpunkt des Abschlusses des Übereinkommens nicht vorauszusehen waren.

¹⁾ Empfehlung 720 (1973) über die Ergebnisse der Europäischen Ministerkonferenz über die Umwelt (Wien, 28. bis 30. März 1973)

²⁾ Zweite Europäische Ministerkonferenz über die Umwelt (Brüssel, 23. bis 24. März 1976), Schlußfolgerungen, Europarat, Straßburg 1976

Der Europarat hat hinsichtlich des Naturschutzes beachtliche Sachkenntnis entwickelt: diese Sachkenntnis, unterstützt durch die breitgefächerten Erfahrungen der Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses, hat wiederholt gezeigt, wie wichtig es ist, ein breites Verständnis hinsichtlich der Ziele und Programme des Naturschutzes in der Öffentlichkeit zu wecken und die Teilnahme der Öffentlichkeit an dieser Arbeit zu ermöglichen. Deshalb war es entscheidend, daß der Text so weit wie möglich auf Fachausdrücke verzichtet und sich einer Sprache bedient, die so einfach und direkt ist, wie dies mit der für ein internationales Rechtsinstrument erforderlichen Genauigkeit vereinbar ist.

Man kam überein, die verschiedenen Kategorien der Definitionen der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) zu verwenden.

Gliederung des Übereinkommens

Das Übereinkommen besteht aus vier Teilen:

- A. Präambel
- B. Inhaltliche Bestimmungen (Kapitel I bis V, Artikel 1 bis 12)
- C. Verfahrensbestimmungen (Kapitel VI bis IX, Artikel 13 bis 24)
- D. Anhänge:
 - I Streng geschützte Pflanzenarten
 - II Streng geschützte Tierarten
 - III Geschützte Tierarten
 - IV Verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung

A. Zur Präambel

Wegen der besonderen Natur dieses Übereinkommens, die es einer maximalen Zahl von Staaten ermöglichen soll, Vertragsparteien zu werden, kam der Ad-hoc Ausschuß überein, die herkömmliche vom Europarat für Übereinkommen ausgearbeitete Einleitung zu erweitern, damit ebenso die Möglichkeit eines Beitritts von Nichtmitgliedstaaten gegeben wird. Zu diesem Zweck wurden die Worte „und andere Unterzeichner“ in die erste Zeile der Präambel aufgenommen, nachdem beschlossen wurde, das Übereinkommen zur Unterzeichnung durch Nichtmitgliedstaaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufzulegen. Der zweite Erwägungsgrund in der Präambel dient ebenfalls diesem Zweck.

B. Inhaltliche Bestimmungen

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen hat drei Ziele:

- a) wildlebende Flora und Fauna und deren natürliche Lebensräume zu schützen,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu fördern,
- c) gefährdeten und empfindlichen Arten einschließlich der gefährdeten und empfindlichen wandernden Arten besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Absatz 1

Das Übereinkommen dringt auf den Schutz aller Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume, ungeachtet ihrer Seltenheit. Obwohl es klar ist, daß das Übereinkommen im allgemeinen darauf abzielt, in Europa endemische Arten wildlebender Pflanzen und Tiere zu schützen, wurde beschlossen, in Absatz 1 die Worte „in Europa“ und „europäisch“ aus zwei Gründen zu streichen:

- a) der geographische Geltungsbereich des Übereinkommens soll nicht auf den europäischen Kontinent beschränkt sein, da viele europäische Pflanzen- und Tierarten auch außerhalb Europas vorkommen,
- b) durchziehende, wandernde Tiere, die nicht in Europa vorkommen, sollen mitefaßt werden.

Das Wort „wildlebend“ vor Flora und Fauna soll Pflanzen oder Tiere ausschließen, die aus künstlicher Vermehrung oder aus Zucht stammen.

Absatz 2

Aufgrund der Entschliebung Nr. 2 der Zweiten Ministerkonferenz finden die gefährdeten und wandernden Arten im Übereinkommen besondere Berücksichtigung.

„Gefährdet und empfindlich“ wurde als Ersatz für den umfassenderen Begriff „bedroht“ eingeführt, um die Terminologie auf diese Weise besser mit dem Washingtoner Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in Einklang zu bringen.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel beinhaltet eine der Hauptverpflichtungen, die sich aus den in Artikel 1 Absatz 1 dargelegten Zielen ergeben.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 wird die allgemeine Verpflichtung jeder Vertragspartei beschrieben, durch individuelle Maßnahmen zur Erhaltung der wildlebenden Pflanzen und Tiere sowie sämtlicher natürlicher Lebensräume im allgemeinen beizutragen, und zwar

- a) durch die Förderung der nationalen Schutzpolitik,
- b) durch die Berücksichtigung der Schutzbelange in der Regionalplanungspolitik und bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung,
- c) durch die Förderung von Erziehung und Information.

Zu Artikel 4

In diesem Artikel von Kapitel II wird der Schutz von Lebensräumen behandelt. Zusammen mit Kapitel III, wo es um den Schutz von Arten vor dem direkten menschlichen Zugriff geht (spezieller Artenschutz), befaßt sich dieses Kapitel mit den beiden wichtigsten Naturschutzmaßnahmen. Die Sachverständigen waren der Ansicht, daß dieser Artikel nicht zu ausführlich und endgültig sein sollte, um die Möglichkeit zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien – u. a. in bezug auf die Schaffung eines Netzes biogenetischer Schutzgebiete – den Schutz von Feuchtgebieten usw. – weiterhin offenzuhalten.

Zu Artikel 5

Artikel 5 ist der erste Artikel in Kapitel III, der sich mit dem speziellen Artenschutz befaßt. In ihm werden die Verpflichtungen der Vertragsparteien hinsichtlich des Schutzes der in Anhang I aufgeführten Pflanzen behandelt. Dieser Artikel regelt lediglich den innerstaatlichen Handel mit gefährdeten Arten und überläßt die Regelung des internationalen Handels dem Washingtoner Übereinkommen.

Man einigte sich darauf, daß der Begriff „Verkauf“ auch den „Tausch“ (engl.: „exchange“, „barter“) umfassen solle.

Zu Artikel 6

In Artikel 6 werden die Verpflichtungen für die Vertragsparteien zur Gewährleistung des besonderen Schutzes der in Anhang II aufgeführten Tierarten dargelegt. Bei der Abfassung dieses Artikels wurde besonders darauf geachtet, Widersprüche zu Parallelbestimmungen in anderen internationalen Rechtsvorschriften zu vermeiden. Die Bestimmung in Buchstabe b zielt auf den Schutz bedeutender Biotope gegen schädliche Einflüsse ab. Buchstabe c verbietet jede Störung der aufgeführten Tiere.

Es wurde nicht für erforderlich erachtet, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen in den Buchstaben a, b, und c im Falle von Notwehr keine Anwendung finden.

Buchstabe d ist insbesondere darauf ausgerichtet, die Entnahme von Eiern für Sammelzwecke zu unterbinden. In bezug auf bestehende anerkannte Sammlungen können die Vertragsparteien Ausnahmen zulassen.

Soweit dies zur Wirksamkeit dieses Artikels beiträgt, sind gemäß Buchstabe e sowohl der Besitz der aufgeführten Tiere als auch der Handel mit ihnen innerhalb der Staatsgrenzen jeder Vertragspartei verboten, um den Schutz dieser Arten so umfassend wie möglich zu gestalten.

Diese Bestimmung gilt nicht für den Besitz von oder den Handel mit Tieren oder Teilen von Tieren, die aus einem Hoheitsgebiet stammen, das eine Vertragspartei gemäß Artikel 21 aus dem Geltungsbereich des Übereinkommens ausgenommen hat. Zur Definition des Begriffes „Verkauf“ siehe Erläuterungen zu Artikel 5.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel verpflichtet die Vertragsparteien zur Gewährleistung des Schutzes der in Anhang III aufgeführten Tiere. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle diese Arten in einem bestimmten Staat möglicherweise rechtmäßig genutzt werden, läßt das Übereinkommen den einzelnen Vertragsparteien die Möglichkeit, diese Nutzung für die in ihrem Hoheitsgebiet nicht bedrohten Arten zu gestatten, wenn dadurch die jeweilige Tierpopulation nicht gefährdet wird. Dabei muß die Vertragspartei die Nutzung überwachen und – falls erforderlich – strengere Maßnahmen ergreifen. Der Artikel wurde in dieser Form abgefaßt, damit sich die Staaten in bezug auf Arten, die vielleicht von Zeit zu Zeit nicht unmittelbar bedroht sind, flexibel verhalten können.

Bei der Durchführung dieser Bestimmung müssen die Vertragsparteien gemäß Artikel 2 die Unterarten und

Varietäten berücksichtigen, die zwar lokal, aber nicht auf europäischer Ebene gefährdet sind.

Der Ad-hoc-Ausschuß kam überein, daß unter „Verkauf“ und „Anbieten zum Verkauf“ auch der Begriff „Tausch“ (engl.: „exchange“, „barter“) fallen solle.

Zu Artikel 8

Artikel 8 verbietet großangelegte und nichtselektive Fang- und Tötungsaktionen für Tiere des Anhangs III, die entweder auf andere Art und Weise gefangen, getötet oder genutzt werden können oder für Tiere des Anhangs II, für die die Vertragsparteien eine Ausnahme zugelassen haben.

Zu Artikel 9

Die Vertragsparteien können Ausnahmen von den Vorschriften der Artikel 4 bis 8 unter zwei allgemeinen und bestimmten besonderen Voraussetzungen zulassen. Es wurde berücksichtigt, daß die Entnahme oder das Töten geschützter Tiere aus humanitären Gründen eine anerkannte Praktik ist, für die keine spezifische Bestimmung im Übereinkommen erforderlich war. Ferner wurde anerkannt, daß es Notfälle geben könnte, in denen Ausnahmen gemacht werden müßten, ohne daß sämtliche Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Tollwutbekämpfung).

Man war sich darüber einig, daß die allgemeine Bedingung, nämlich daß die Ausnahme dem Überleben der betreffenden Population nicht abträglich sein dürfe, die Verpflichtung nach Artikel 2, diese Population zahlenmäßig auf einem Stand zu halten, der insbesondere den ökologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entspricht, nicht berührt.

Im Rahmen der Voraussetzungen des Artikels 9 können auch Ausnahmen für bauliche Maßnahmen zugelassen werden, wenn die Vorschriften des Artikels 3 Absatz 2 beachtet worden sind.

Es wurde beschlossen, daß Ausnahmen aufgrund von Verpflichtungen im Rahmen anderer bestehender Übereinkommen nur in den in Artikel 12 erfaßten Fällen zugelassen werden können.

Alle zwei Jahre erstatten die Vertragsparteien dem Ständigen Ausschuß über die zugelassenen Ausnahmen Bericht; auf der Grundlage der in Absatz 2 geforderten Informationen müssen diese Berichte eine wissenschaftliche Bewertung der Auswirkungen dieser Ausnahmen enthalten.

Zu Artikel 10

Wie von der Zweiten europäischen Ministerkonferenz über die Umwelt gefordert, wird dem Schutz der wandernden Arten durch die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien besonderes Gewicht verliehen.

Absatz 2 schreibt eine Zusammenarbeit der Vertragsparteien vor, um sicherzustellen, daß die im Rahmen anderer Bestimmungen des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen den Erfordernissen der in Anhang III aufgeführten jagdbaren wandernden Arten Rechnung tragen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 enthält eine Reihe von Zusatzverpflichtungen für die Vertragsparteien in bezug auf die zwischenstaat-

liche Zusammenarbeit, Forschung, Wiederansiedlung und Ansiedlung von Arten sowie in bezug auf die Unter- richtung des Ständigen Ausschusses.

Die vor der Wiederansiedlung heimischer Arten erforderlichen Untersuchungen setzen voraus, daß sich die Vertragsparteien gegenseitig über ihre Erfahrungen mit ähnlichen Wiederansiedlungsmaßnahmen informieren.

Zu Artikel 12

Obwohl beim Entwurf des Übereinkommens besondere Sorgfalt darauf verwandt wurde, die Bestimmungen dieses Übereinkommens mit den Bestimmungen anderer derzeitig oder künftig geltender Rechtsvorschriften in Einklang zu bringen, hielt es der Ad-hoc-Ausschuß für nützlich, die Berührungspunkte zwischen diesem Übereinkommen, den nationalen Gesetzen der Vertragsparteien und anderen internationalen Übereinkünften ausdrücklich zu betonen.

C. Verfahrensvorschriften

Zu Artikel 13

Man war der Auffassung, daß sich die Ziele des künftigen Übereinkommens leichter verwirklichen ließen, wenn den Vertretern der Vertragsparteien die Möglichkeit zu regelmäßigen Zusammenkünften eingeräumt würde, um gemeinsame und koordinierte Programme zu erarbeiten. Ein Großteil der Verantwortung für das Funktionieren des Übereinkommens soll den im Ständigen Ausschluß tagenden Vertretern übertragen werden, um dem Übereinkommen die entsprechende Flexibilität zu verleihen, auf die soviel Wert gelegt wurde.

Nach Absatz 4 muß der Ständige Ausschluß innerhalb eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens eingesetzt werden.

In den Europaratsübereinkommen, in denen ein Ausschluß eingesetzt ist, haben die Mitgliedstaaten, die nicht Vertragspartei des betreffenden Übereinkommens sind, das Recht, sich durch einen Beobachter vertreten zu lassen.

Im Interesse des Beitritts möglichst vieler Staaten zu dem Übereinkommen, kann der Ständige Ausschluß selbst Nichtmitgliedstaaten, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens sind, auffordern, einen Beobachter zu einer seiner Tagungen zu entsenden.

Die Entscheidung, ein Gremium oder eine Organisation als Beobachter zu einer Tagung des Ständigen Ausschusses zuzulassen, liegt bei den Vertragsparteien. Die Anregung zu dieser Bestimmung ging von Artikel XI des Washingtoner Übereinkommens aus.

Zu Artikel 14

Eine der Hauptaufgaben des Ständigen Ausschusses besteht darin, die Vorschriften des Übereinkommens und den Inhalt der Anhänge an die wechselnden Erfordernisse der wildlebenden Pflanzen und Tiere anzupassen. Bei seiner Arbeit sollte der Ständige Ausschluß der Überprüfung der Anhänge I und II sowie der weiteren Bestimmung der Arten, die rechtmäßig genutzt werden dürfen, Vorrang einräumen.

Zu Artikel 15

Im Rahmen von Europaratsübereinkommen eingesetzte Ausschüsse erstatten in der Regel dem Ministerkomitee Bericht.

Zu Artikel 16

Eine Änderung der Artikel des Übereinkommens kann von den Vertragsparteien oder vom Ministerkomitee vorgeschlagen werden. Sie wird allen Mitgliedstaaten des Europarates, jedem Unterzeichner dieses Übereinkommens, jeder Vertragspartei, jedem gemäß den Bestimmungen von Artikel 19 zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens aufgeforderten Staat und jedem gemäß den Bestimmungen von Artikel 20 zum Beitritt aufgeforderten Staat mitgeteilt.

In dem Übereinkommen wird unterschieden zwischen Änderungen der inhaltlichen Bestimmungen, die fachlicher Natur sind und nur vom Ständigen Ausschluß verabschiedet werden dürfen, und Änderungen der Verfahrensvorschriften, die wegen ihrer politischen und finanziellen Auswirkungen der Billigung des Ministerkomitees bedürfen. In beiden Fällen ist die endgültige Annahme Sache der Vertragsparteien, die einstimmig beschließen müssen.

Zusätzliche Anhänge dürfen von den Vertragsparteien oder vom Ministerkomitee vorgeschlagen werden. Ihre Annahme und ihr Inkrafttreten unterliegen dem für die Änderung inhaltlicher Bestimmungen festgelegten Verfahren.

Zu Artikel 17

Eine Änderung der Anhänge darf von den Vertragsparteien oder vom Ministerkomitee vorgeschlagen werden. Sie wird allen in Artikel 16 genannten Parteien mitgeteilt.

Das Verfahren für die Annahme und das Inkrafttreten dieser Änderungen unterscheidet sich von dem für die Änderung der Artikel des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren. Für die Annahme ist eine Zweidrittelmehrheit der Vertragsparteien im Ständigen Ausschluß erforderlich (anstelle der Dreiviertelmehrheit der für eine Änderung der Artikel abgegebenen Stimmen), und die Änderung tritt für die Parteien in Kraft, die keine Einwände erhoben haben, es sei denn, ein Drittel der Vertragsparteien hat Einwände erhoben (anstelle der erforderlichen einstimmigen Annahme durch die Vertragsparteien bei einer Änderung der Artikel). Dieses schnellere und flexiblere Verfahren wurde eingeführt, da man der Auffassung war, daß eine Änderung der Anhänge weniger drastisch und dringlicher sei als eine Änderung der Artikel.

Zu Artikel 18

Die Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten wurden durch die in anderen Dokumenten des Europarates festgelegten Bestimmungen angeregt: insbesondere im Entwurf eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung, im Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren beim internationalen Transport (1968) und im Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus (1977).

Im letzten Satz von Absatz 2 bedeutet der Ausdruck „das gleiche Verfahren“, daß unter dieser Voraussetzung der dritte Schiedsrichter vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestimmt wird. Die Bestimmungen von Absatz 3 wurden aus dem Entwurf des Europäischen Übereinkommens zum Schutz internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung und dem Zusatzprotokoll vom 10. Mai 1979 zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren beim internationalen Transport entnommen.

Zu den Artikeln 19 bis 24

Diese Artikel sind im großen und ganzen den üblichen Schlußbestimmungen in Abkommen und Übereinkommen des Europarates ähnlich. Einige besondere Punkte sollen jedoch hervorgehoben werden.

Artikel 19

Wegen des besonderen Charakters dieses Übereinkommens sollte es einer möglichst großen Zahl von Staaten ermöglicht werden, Vertragsparteien zu werden; daher einigte man sich, das Übereinkommen zur Unterzeichnung aufzulegen durch:

1. die Mitgliedstaaten des Europarates,
2. die Nichtmitgliedstaaten, die an den Sitzungen des Ad-hoc-Ausschusses als Beobachter teilgenommen haben,
3. Nichtmitgliedstaaten, die vom Ministerkomitee aufgefordert wurden, das Übereinkommen zu unterzeichnen,
4. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Artikel 20

Das Ministerkomitee kann nach Konsultation der Vertragsparteien jeden Nichtmitgliedstaat zum Beitritt auffordern. Nichtmitgliedstaaten, die vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens zur Unterzeichnung aufgefordert wurden, es aber nicht unterzeichnet haben, können zum Beitritt aufgefordert werden.

Artikel 21

Da diese Bestimmung vor allem auf die überseeischen Gebiete abzielt, kam man überein, daß es eindeutig gegen den Geist des Übereinkommens verstieße, wenn eine Vertragspartei Teile ihres hauptsächlichlichen Hoheitsgebietes von der Anwendung dieses Übereinkommens ausschließen würde, und daß es nicht notwendig sei, dies im Übereinkommen ausdrücklich festzulegen.

Artikel 22

In bezug auf die in den Anhängen I bis III aufgeführten Arten und auf die im Anhang IV aufgeführten verbotenen Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung können Vorbehalte gemacht werden. Das Verbot, Vorbehalte allgemeiner Art zu machen, bedeutet, daß keine Vertragspartei ihre Verpflichtungen so verringern kann, daß das Übereinkommen keine unmittelbaren Auswirkungen mehr auf sie hätte.

D. Anhänge

Die Listen in den Anhängen umfassen nur die einheimischen Arten, über die eine allgemeine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Es wurde bei der Erarbeitung der Listen nicht für zweckmäßig gehalten, weitere Arten unter strengen Schutz zu stellen, die nur von einem Teil der Beteiligten akzeptiert wurden. Mit der Beschränkung auf allgemein akzeptable Arten soll der Beitritt zum Übereinkommen erleichtert werden, so daß es ohne unnötige Verzögerung in Kraft treten könnte. Die Listen können vom Ständigen Ausschuß weiter entwickelt werden, wobei die Staaten Gelegenheit haben, sich durch enge Zusammenarbeit gegenseitig besser zu verstehen.

Aus praktischen Gründen wurde beschlossen, die in den Anhängen I, II und III aufgeführten Pflanzen und Tiere auf die taxonomische Stufe der Arten zu beschränken, und Unterarten, Sorten und andere taxonomische untergeordnete Stufen nicht zu erwähnen (mit einer Ausnahme im Anhang II, vgl. Erläuterungen zu Anhang II). Ferner wurden im wesentlichen nur jene Arten aufgenommen, die in den Hoheitsgebieten der Staaten vorkommen, die dieses Übereinkommen ausgearbeitet haben. Man kam überein, daß der Ständige Ausschuß die Anhänge zu einem späteren Zeitpunkt auf andere Pflanzen- und Tiergruppen (z. B. Wirbellose und Fischarten) ausdehnen sollte.

Die in den Anhängen II und III enthaltenen Listen von Tierarten stützen sich mit einigen Ausnahmen auf die nachstehenden wissenschaftlichen Werke:

- Säugetiere: „A field guide to the mammals of Britain and Europe, von F. H. van den Brink, Collins, London, 3. Ausgabe, 1973.“
- Vögel: „Guide des oiseaux d'Europe, von Peterson, Mountfort, Hollom, G  roudet, Delachaux and Niestl  , Neuch  tel, 6. Ausgabe, 1972.“
- Amphibien und Reptilien: „A field guide to the reptiles and amphibians of Britain and Europe, von E. N. Arnold and J. A. Burton, Collins, London 1978.“

Mehrere in den Anhängen II oder III aufgeführte Arten von Meeress  ugetieren unterliegen internationalen Vereinbarungen, deren Vereinbarkeit mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens in Artikel 12 vorgesehen wurde.

Anhang I

Streng gesch  tzte Pflanzenarten

Gemäß Artikel 5 sind die im Anhang I aufgeführten Pflanzenarten besonders zu sch  tzen. Ausnahmen von dieser Regelung sind nur im Rahmen der strengen, in Artikel 9 festgelegten Bedingungen möglich.

Anhang I stützt sich auf die Liste der Arten, die in dem vom Europarat erfaßten Gebiete gefährdet sind; diese Liste wurde auf Bitte des Ad-hoc-Ausschusses von dem IUCN-Ausschuß für gefährdete Pflanzen erstellt.

Anhang II

Streng gesch  tzte Tierarten

Gemäß Artikel 6 sind die im Anhang II aufgeführten Tierarten besonders zu sch  tzen. Ausnahmen von dieser

Bestimmung sind nur im Rahmen der strengen, in Artikel 9 festgelegten Bedingungen möglich.

Bei der Erstellung von Anhang II wurden zum einen die vom Europäischen Ausschuß zur Erhaltung der Natur und der Naturgüter aufgestellten Listen der in Europa bedrohten Säugetiere, Vögel, Amphibien und Reptilien und zum anderen die vom Ministerkomitee verabschiedeten Resolutionen berücksichtigt.

Es wurde u. a. beschlossen, in den Anhang II alle europäischen Fledermäuse (Chiroptera) aufzunehmen, und zwar mit Ausnahme von *Pipistrellus pipistrellus*. Man kam überein, in den Anhang II auch eine Unter-Art der Gemse (*Rupicapra rupicapra ornata*) aufzunehmen. Entsprechend der Forderung der Zweiten Ministerkonferenz nach besonderer Berücksichtigung von Zugvögeln wurden fast alle europäischen ziehenden Singvögel (Passeriformes) in Anhang II aufgenommen und zwar unabhängig von ihrem Schutzstatus.

Anhang III

Geschützte Tierarten

Gemäß Artikel 7 sind die im Anhang III aufgeführten Tierarten zu schützen; eine gewisse Nutzung ist jedoch möglich, wenn das Populationsniveau dies gestattet.

Alle Arten von Vögeln (mit Ausnahme von 11 Arten) sowie von Amphibien und Reptilien, die in dem Hoheitsgebiet der Staaten, die das Übereinkommen ausgearbeitet haben, vorkommen und nicht durch Anhang II erfaßt sind, wurden in diesen Anhang aufgenommen.

Anhang IV

Verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und andere Formen der Nutzung

Bei der Aufstellung der in Artikel 8 verbotenen Mittel wurde besonders darauf geachtet, einen Widerspruch zu parallelen Bestimmungen in anderen internationalen Rechtsvorschriften zu vermeiden.

Bezüglich des Verbots, Sprengstoffe zu verwenden, wurde im Falle des Walfangs eine Ausnahme gemacht. In ähnlicher Weise wurde das Verbot, bestimmte Mittel und Methoden zu verwenden, auf die Mittel und Methoden beschränkt, die angewandt werden, wenn Tiere in größeren Mengen und/oder wahllos gefangen oder getötet werden. Für die Zwecke des Übereinkommens sind Waffen, deren Magazin mehr als zwei Schuß Munition aufnehmen kann, nur solche, die mehr als drei Schuß abgeben können, ohne aufgeladen zu werden. Man kam überein, die Verwendung von Schlingen nicht zu verbieten, wenn sie zum Fangen der Art *Lagopus* nördlich des 58. Breitengrades Nord verwendet werden.

Anlage 2**Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß für das vorliegende Vertragsgesetz eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes insoweit nicht gegeben ist, als das Übereinkommen vom 19. September 1979 (z. B. in Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe b) Regelungen über die Koordinierung von Forschungsarbeiten enthält.

Der Bundesrat weist deshalb darauf hin, daß nach Ziffer 3 der Lindauer Vereinbarung vor einer Ratifikation des Übereinkommens das Einverständnis der Länder vorliegen muß.

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates**

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß der Bund für die in dem Übereinkommen vorgesehenen Regelungen über die Durchführung von Forschungsarbeiten, Empfehlungen für die Grundlagenforschung, die Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Forschung und den Austausch von Forschungsergebnissen eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz gemäß Artikel 74 Nr. 13 des Grundgesetzes („Förderung der wissenschaftlichen Forschung“) besitzt. Nach herrschender Meinung umfaßt der Begriff „Förderung“ sowohl finanzielle als auch organisatorische und planerische Maßnahmen; der Begriff „Forschung“ umfaßt Grundlagen- und Zweckforschung.

Die Bundesregierung hat gleichwohl der unterschiedlichen Rechtsauffassung des Bundesrates Rechnung getragen und das Verfahren zur Beteiligung der Länder nach dem Lindauer Abkommen eingeleitet, um ihr Einverständnis herbeizuführen.

Damit ist eine baldige Verabschiedung des Vertragsgesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften sichergestellt.

Da mit der Durchführung des Verfahrens gemäß dem Lindauer Abkommen keine materiellen Änderungen des Gesetzentwurfs verbunden sind, entstehen insoweit – ebenso wie mit dem Gesetzentwurf selbst – keine preislichen Auswirkungen.

